

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig
Zeiger Straße 30, IV., Ausgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppelgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383 Kassierer: L. Geiß, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 19. April 1930

34. Jahrgang

Nummer 16

Osterzeit und unsere Berufslage

Ostern ist bekanntlich in der christlichen Religionslehre das Fest der Auferstehung; diese Festtage haben infolgedessen mehr oder weniger kirchlich-religiöse Handlungen zur Einleitung oder im Gefolge, je nachdem es sich hierbei um die evangelische oder katholische Religion handelt.

Ostern ist aber auch nach altem germanischem Brauch das Auferstehungsfest in der Natur; denn der Lenz, der das erste Grün an Bäumen und Stäuchern erweckt, der Niese und Feld zu neuer Fruchtbarkeit anregt, hält um die Osterzeit seinen Einzug. Das wurde festlich begangen durch Huldigungen der Göttin Ostara.

Die Auferstehung in der Natur belebt natürlich auch Mensch und Tier; man hört wieder muntere Vögel zwitschern und alle Menschen hoffen und sehen die Erfüllung des Werdens in der Natur. Dieser Jahreszeit wird immer, besonders von den lohnarbeitenden Schichten der Bevölkerung, mit großer Sehnsucht und Hoffnung entgegengeesehen, weil nach dunklen, trüben und kalten Wintertagen der Frühling stets sicheren Ausblick auf Arbeit und Verdienst gestattet. Mit frischem Mut wurde dann versucht, die wirtschaftlichen Scharten, die der Winter schlug, wieder auszuweken. In diesem Zusammenhange hat auch die religiöse Feier der Ostersitage ihre Bedeutung erlangt, und fromme Gemüter sehen in diesem ewigen Kreislauf der Natur die Vorsehung einer höheren Gewalt. Eine solche, die Licht und Schatten, Freude und Leid auf alle Lebewesen mit und ohne Vernunft richtig verteilt. Das merkwürdige bei dieser angeblich höheren Vorsehung und ihrer „richtigen“ Verteilung ist allerdings, daß Schatten und Leid immer bei den arbeitenden armen Teufeln bleiben, während Licht und Freude sich immer wieder zu jenen gesellen, die beides anscheinend von der vorstehenden höheren Gewalt gepachtet haben. So ist es und nicht anders! Und alle schönen Worte, die in der Osterzeit bei den kirchlich-religiösen Handlungen zu hören sind, schaffen diesen bedauerlichen Zustand nicht aus der Welt. Warum nun eigentlich diese klare, nüchterne Tatsache nicht von jedermann begriffen wird, das wollen wir jetzt nicht untersuchen, das mag jeder mit sich selber ausmachen; hängt es doch von der Erkenntnis und der Lebenserfahrung des einzelnen ab, um Wahres und Falsches, Tatsachen und Phantasie voneinander scheiden zu können.

Die Osterzeit dieses Jahres bedeutet für unsere Verbandsmitglieder, soweit die berufliche Arbeitsmöglichkeit in Frage steht, leider keine solche Auferstehungszeit, wie das bisher zu konstatieren war. Denn aus den großen Steinbruchgebieten, nur ganz wenigen Ausnahmen in Süddeutschland, liegen dauernd betrübende Nachrichten vor, ebenso aus dem gesamten Steinstraßenbaugewerbe. Ganz allgemein gesehen sind noch mindestens 50 Prozent unserer Verbandsmitglieder ohne Arbeit. Wohl haben hier und dort in den letzten Wochen Einstellungen von Arbeitskräften stattgefunden, doch im Durchschnitt nur bis 50 Prozent der früheren Belegschaftsstärke. Nur in ganz vereinzelt Fällen wurde darüber hinausgegriffen.

Für den Straßenbau fehlt's immer noch an der Bereitstellung der nötigen Geldmittel, um die gemeindlichen und staatlichen Straßenarbeiten auszuführen zu können, und zwar sind das Arbeiten, die ihrer Erledigung harren, die also tatsächlich vorhanden sind. Infolgedessen fehlt es in den Kreisen der Steinindustrie, die für den Wege- und Straßenbau das Material schaffen, an dessen Nachfrage. Die Folgen sind für unsere Kollegen: Beharrung in der Arbeitslosigkeit!

Viele unserer Verbandsmitglieder sehen mit Unbehagen ihrer Aussteuerung in der staatlichen Arbeitslosenversicherung entgegen, sie sehen im weiteren mit den bereits Ausgesteuerten die Unmöglichkeit, durch Arbeit die vorgeschriebene Karenzzeit zu erfüllen, um sich für kommende Rückschläge sichern zu können. Nicht viel besser ist die Arbeitslage in der Werksteinbranche für jede Art Garts- und Weichgestein. Dagegen ist die Marmorindustrie und das Grabmalgewerbe etwas besser daran; wenn auch nicht in dem ausgebreiteten Maße wie in früheren Jahren um die Osterzeit. Mit dem Grabmalgewerbe steht in enger Berührung die Granitschleifereigruppe, die ebenfalls einigermaßen Beschäftigung aufweist. Doch die Zahl der verhältnismäßig günstiger dastehenden Arbeitergruppen in der Steinindustrie ist im Vergleich der Zahl derer, die für den Wege- und Straßenbau in Frage kommen, gering. Deshalb ist auch der Prozentsatz der arbeitslosen Verbandsmitglieder für die jetzige Jahreszeit noch so erschreckend groß. Viel größer als in jenen Jahren, wo strenge Winter mit unheimlichem Frost und Schnee bis weit ins Frühjahr hinein die Arbeit im Freien unmöglich machten. Die Aussicht auf Besserung des Arbeitsmarktes ist in diesem Jahre sehr gering! Eine solche trotzlose Lage, wie sie gegenwärtig für große Teile unserer Kollegen in der Steinindustrie und im Straßenbaugewerbe besteht, war nach der Erinnerung älterer Kollegen noch nicht vorhanden.

Diese Notlage wirkt sich nicht im gleichen Maße auf die Unternehmer aus, die zu einem gewissen Teil durch maschinelle Betriebsumstellungen die Situation für die Arbeiter noch verschärft haben. Wir fassen das in dem Begriff „Rationalisierung“ zusammen! Zweifellos gibt es Betriebe, die durch gänzliche Stilllegung in starke finanzielle Bedrängnis gekommen sind und die nun Mühe haben werden, wieder herauszukommen. Aber jene Betriebe, die trotz bedeutender Verringerung der Belegschaft dennoch weiter laufen, halten sich auf andere Weise schadlos, sie machen nicht einmal Halt vor dem karg bemessenen Arbeitslohn ihrer Belegschaften. Wenigstens wird der Versuch auf diesem Gebiet mit allen Mitteln unternommen.

Das ist in kurzen Strichen die Berufslage in der diesjährigen Osterzeit, sie ist keinesfalls dazu geeignet, in Feststimmung zu

machen und etwa im voraus schon die Osterloden lauten zu hören. Gar mancher ist unter den seit vielen, vielen Wochen Arbeitslosen, der durch das um Ostern herum übliche „Raus und Rein in die Schule“ ganz besonders unter wirtschaftlichem Druck stand, und man muß sich tatsächlich wundern, wie dennoch alles Nötige mit Umsicht besorgt wurde und wie sich wiederum dadurch die Hoffnung belebt, weil in dieser familiären Hinsicht ein kräftiger Schritt nach vorwärts getan wurde. Nicht alle diese Hoffnungen und Wünsche werden sich erfüllen und es ist in dieser Beziehung sehr gut, daß niemand in die Zukunft schauen kann; dennoch sind diese Handlungen immer der Antriebsmotor, um die Lust am Leben nicht gänzlich zu verlieren.

Das Osterfest mit seiner Auferstehung in der Natur ist trotzdem am besten geeignet, neuen Glauben, neues Hoffen zu schöpfen. Deshalb werden auch die Berufskollegen, die mit der nötigen Einsicht in die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhänge ausgerüstet sind, trotz der kümmerlichen Lage im Beruf durchaus nicht verzweifeln. So wie sie in besseren Berufszeiten zusammenstanden in Reich und Glied, werden sie jetzt erst recht im Leid zusammenhalten im festen Glauben an die Mission der organisierten Arbeitermassen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, denn nur durch sie wird einst die Auferstehungszeit kommen, die auch dem Arbeiter eine wirkliche und dauernde Befreiung aus den wirtschaftlichen Nöten bringt.

Zur Bekräftigung unseres Willens mag abschließend ein Gedicht von Storm die Situation beleuchten, es enthält nichts von Osterfesttagen, trifft aber dennoch die gegenwärtige Lage:

Ich hab es mir zum Trost eronnen
in dieser Zeit der schweren Not,
in dieser Blütezeit der Schufte,
in dieser Zeit von Salz und Brot.

Ich jage nicht, es muß sich wenden.
Und heiter wird die Welt erseh'n;
es kann der echte Keim des Lebens
nicht ohne Frucht verloren geh'n.

Der Klang von Frühlingsungewittern,
vor dem wir schauernd sind er매cht,
von dem noch alle Wipfel rauschen,
er kommt noch einmal, über Nacht!

Und durch den ganzen Himmel rollen
wird dieser letzte Donner Schlag;
dann wird es wirklich Frühling werden
und höher, heller, goldner Tag.

Der Kampf um die Reform der Krankenversicherung

Von Helmut Lehmann, Vorsitzender des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen.

Die Ende März von der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände der Selbstständigkeit übergebene Denkschrift betont das Schicksalhafte einer grundlegenden Reform der deutschen Sozialversicherung. Besteht auch Uebereinstimmung über die Notwendigkeit einer Reform, so trennt uns doch eine Welt von der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände. Auch nach unserer Meinung sollen Erparnisse gemacht werden, dort, wo unnötige Kosten verursacht werden, wo eine Leistung sozial nicht gerechtfertigt ist oder doch eine sozial wichtigere verdrängt. Aber diese Erparnisse sollten unserer Meinung nach dazu benutzt werden, die Krankenversicherung wirksamer zu gestalten, Gesundheitschutz und Gesundheitsfürsorge auszubauen, d. h. es sollte unvermindert das gleiche Kapital wie bisher in der Gesundheitswirtschaft investiert werden, und zwar solange, bis die Leistungen der Krankenversicherung sich auf den Gesundheitszustand so ausgewirkt haben, daß sie sich selbst allmählich entbehrlich machen, genau so, wie der beste Arzt ist, der sich allmählich überflüssig macht.

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände dagegen will etwas grundföhllich anderes. Sie will nur Erparnisse machen, und zwar nur durch Abbau der Leistungen oder durch Vergrößerung des Anteils der Versicherten an der Kostenaufbringung. Sie will den Etat der Krankenversicherung verringern. Das finanzielle Ergebnis ihrer Reformvorschlöge beziffert sich auf eine Erparnis selbst von 500 Millionen Mark jährlich. Mag diese Rechnung selbst so richtig sein, wie sie falsch ist, so handelt es sich dabei doch nicht um eine Erparnis für die deutsche Volkswirtschaft, sondern nur um eine Erparnis an Beiträgen zur Krankenversicherung. Die Erparnisse der Gesamtwirtschaft sind wahrscheinlich nicht sehr bedeutend. Vielleicht ist sogar der gesundheitliche Schaden, der bei der Verwirklichung dieser Vorschlöge entstehen würde, in seiner finanziellen Auswirkung per Saldo größer. Eine Einigung mit der Vereinigung über diesen Punkt ist aber wahrscheinlich nicht zu erzielen, denn der Verfasser ihrer Denkschrift rechnet nur für die Gegenwart. Sozialpolitik kann man aber nur auf lange Sicht machen.

Die Denkschrift rechtfertigt ihre Vorschlöge mit wirtschaftlichen und ethischen Gesichtspunkten. Wir sind nicht gewillt, auf diese wirtschaftlichen und ethischen Gesichtspunkte einzugehen. Wir können die Reformvorschlöge der Arbeitgebervereinigung nur nach ihrer versicherungswirtschaftlichen und sozialhygienischen Seite hin würdigen. Es kann also hier nicht geprüft werden, inwieweit die Erhöhung des deutschen Sozialstats die innere Kapitalbildung erschwert oder inwieweit sie einen ent-

scheidenden Grund für die Schwierigkeiten unserer Wirtschaftslage bildet und ob es richtig ist, daß die große Zahl der Arbeitslosen in Deutschland auf Lohnerhöhungen und zu schnelle Lohnsteigerungen zurückzuführen ist. Vom Standpunkte des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen aus gesehen, d. h. von den Gedanken des sozialen Fortschritts, die den traditionellen Auffassungen innerhalb unseres Verbandes entsprechen, müssen die Vorschlöge der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände rundweg und in jeder Beziehung abgelehnt werden.

In der Denkschrift wird zunächst eine Uebersicht über die Ausgabensteigerungen in der deutschen Krankenversicherung gegeben. Es ist unbekannt eine Verteuerung der Krankenversicherung um das Doppelte eingetreten. Die Denkschrift macht sich die Sache aber zu leicht, wenn sie diese Ausgabensteigerung im wesentlichen auf eine gestiegene Begehrlichkeit der Versicherten zurückführt. Es darf doch nicht vergessen werden, daß die sozialen Aufgaben der Krankenversicherung von heute in gar keiner Weise mit jener Krankenversicherung verglichen werden können, die 1913 bestand. Was seit jener Zeit notwendigerweise an bevölkerungspolitischen und gesundheitspolitischen Maßnahmen durchgeführt werden mußte, das ist die Hauptursache dieser Ausgabensteigerung, und es ist ein Glück, daß teils durch die Gesetzgebung, teils durch die freie Entschlußkraft der Kassenvorstände dieser gemaltige Ausbau der Krankenversicherung stattgefunden hat, denn sonst sähe es um den Gesundheitszustand des deutschen Volkes anders aus. Die Arbeitgebervereinigung wundert sich, daß das Reichsministerium des Innern über einen guten Gesundheitszustand des deutschen Volkes berichten kann und daß trotzdem die Ausgaben für die Krankenversicherung steigen. Wer seit Jahrzehnten in der praktischen Arbeit der Krankenversicherung steht, für den bilden jene Berichte die Genugtuung, daß seine Arbeit für die Volksgesundheit nicht vergeblich ist.

Die Vereinigung der Unternehmerverbände verlangt zunächst die obligatorische Beteiligung der Versicherten mit 25 Prozent an den Kosten für Arzneien und Heilmittel. Sie beruft sich dabei zu Unrecht auf die Ausführung des geschäftsführenden Vorsitzenden des Hauptverbandes auf der Breslauer Tagung. Dort war lediglich vorgeschlagen worden, Satzungsvorschriften zuzulassen, die eine Beteiligung an den Arznei-, Arznei- und Heilmitteln bis zu 25 Prozent vorsehen, und zwar sollte diese Beteiligung in der Form der Erhebung einer Gebühr für den Krankenschein vorgesehen werden, also eine fakultative Einrichtung, die die Kasse nur dann schaffen sollte, wenn sie mit anderen Mitteln, namentlich nicht durch eine Neuordnung des kassenärztlichen Dienstes, ihren Etat im Gleichgewicht halten kann. Man begnügt sich nun aber nicht mit dem Vorschlag einer 25prozentigen Kostenbeteiligung an den Arzneimitteln, sie will außerdem noch eine Krankenscheingebühr von 1 Mark. Sie will weiterhin vier Wartetage obligatorisch. Mit den vier Wartetagen soll eine Erparnis von 300 Millionen Mark erzielt werden. Diese Rechnung ist falsch, denn etwa 60 Prozent der Kassen haben bereits drei Wartetage für Krankengeld eingeführt. Welche indirekte Erparnis durch die Wartetage erzielt wird, läßt sich nicht genau berechnen, wohl aber ist eine Schätzung der unmittelbaren Erparnis an Krankengeld möglich.

1928 wurde für Krankengeld je Mitglied ausgegeben 29,55 Mark. Die Krankheitshäufigkeit betrug 56 Prozent, die Krankheitsdauer 24,2 Tage je Fall. Das ergibt für drei Tage ein Krankengeld von 6,51 Mark. Nun wurden 1928 11 577 000 Krankheitsfälle (Arbeitsunfähigkeit) gezählt. Da der Wegfall der Wartetage nur bei 40 Prozent der Kassen noch in Frage kommt, so würde eine Erparnis bei 4 630 800 Krankheitsfällen eintreten. Die Erparnis beträgt also nur 30 und nicht 300 Millionen Mark. Die Herren hätten sich übrigens selbst fragen können, daß sie sich um eine Null geirrt haben, denn die Gesamtausgabe für Krankengeld betrug 1928 nur 639 Millionen Mark.

Des weiteren wird eine völlige Abkehr von der bisherigen Krankenpolitik in der Gruppierung verlangt. Krankengeld soll nur noch für die Arbeitstage, nicht mehr für Kalendertage gezahlt werden. Es ist einfach nicht wahr, was die Denkschrift behauptet, daß sich die Mehrzahl aller Ärzte und Praktiker darin einig sind, daß die Zahlung des Krankengeldes für Kalendertage im Laufe der Zeit zu außerordentlichen Mißlichkeiten geführt hat. Durch eine Umfrage innerhalb unseres Verbandes ist festgestellt worden, daß noch nicht 10 Prozent aller Krankheitsfälle am Sonntag enden. So ist die Sachlage! Genau so abwegig ist die Forderung, den Höchstgrundlohn auf 9 Mark herabzusetzen. Bei Berechnung des Grundlohns nach Arbeitstagen würde das eine Herabsetzung der wöchentlichen Grundlohnsumme von 70 auf 54 bedeuten. Die automatische Folge dieser Gesetzesänderung wäre die Herabsetzung der Beitragsprozente, denn die meisten Kassen finanzieren sich aus den Beiträgen der hochentlohnerten Versicherten; da die Beiträge in den niedrigen Lohnstufen nicht ausreichen, um auch nur die Kosten der Sachleistungen der Krankenpflege zu decken. Die meisten Krankheitsfälle kommen bei den niedrigentlohnerten Versicherten vor.

Das Ideal der Unternehmer ist die Betriebskrankenkasse. Kein Wort gegen die Betriebszersplitterung durch die Innungskrankenkassen. Das ist sehr bezeichnend. Eine Unversicherung ist es aber, die Einschränkung des Selbstverwaltungsrechts zu fordern. Die Denkschrift verlangt allen Ernstes, daß die Wahl des Kassenvorstandes, die Anstellung der Angestellten, die Festsetzung der Beiträge, die Errichtung von Kassenvorständen, jede Erhöhung der Leistungen wie überhaupt jede Satzungsänderung von der Zustimmung der Arbeitgebergruppe abhängig gemacht wird. Die Herren wollen die Parität in der Verwaltung der

Kassen, was sie aber nicht wollen, ist die Parität in der Beitragszahlung. Ganz im Gegenteil, nach wie vor sollen die Arbeiter zwei Drittel der Beiträge aufbringen. Die Unternehmer wollen also die Alleinherzhaft in der Krankenversicherung. Diese Entrechtung der Arbeiter ist das Kernstück der Reform in der Vereinigung der Unternehmerverbände. Die Arbeiterkraft muß ganz entschieden eine solche Reform ablehnen. Ein Kurswechsel in der Sozialversicherung ist eine Schicksalsfrage für das deutsche Volk! Die Arbeiterkraft muß wissen, was die Anstrengung der Unternehmer bezüglich der Reform in der Sozialversicherung bedeutet. Jahrzehntelange Errungenschaften stehen auf dem Spiel.

Die Gewerkschaft als gesellschaftlicher Machtfaktor

Jedes geordnete Staatsleben beruht auf bestimmten Grundgesetzen, die sich in der Demokratie das Volk selber schafft und die ihm unter einem diktatorischen Regierungssystem aufgezwungen werden. Aber diese staatlichen Grundgesetze, auch Verfassungen genannt, stellen an sich nicht mehr dar als ein Stück bedrucktes Papier, wenn sie nicht einen gewissen Widerstand der wirklichen Machtverhältnisse bilden. Kein anderer als Ferdinand Lassalle hat uns das gelehrt, der in einer seiner glanzvollen Reden ausführte, ein König, dem das Heer gehorcht und die Kanonen, ein Adel, der Einfluß bei Hof und König hat, die großen Industriellen und Bankiers, die über Fabriken, Maschinen und Gelder verfügen, sie alle sind ein Stück Verfassung. Sie alle würden ihre Machtmittel spielen lassen, wenn Gesetze geschaffen werden sollten, die ihre Lebens- oder Vermögensrechte schmälern würden.

In all diesen Machtpositionen, die wie König und Adel einst allmächtig waren, gesellen sich schon zu Lassalles Lebzeiten neue, die, die er in obigen Zitat nennt, die Industriellen und Bankiers. Aber die Weltgeschichte steht ja keinen Augenblick still. Alte Herrschergewalten werden in ihrer Macht und ihrem Einfluß zurückgedrängt und verschwinden, wie wir es beim Königtum erlebt haben. Neue streben empor und nehmen ihren Platz ein. Und der ganze Lebenskampf jenes großen Staats- und Verfassungstheoretikers Lassalle war ja dem Ziele gewidmet, einer neuen Sicht ihre Bedeutung im gesellschaftlichen und politischen Leben zum Bewußtsein zu bringen und sie zur Befreiung der Machtpositionen zu führen. Diese neue Macht ist die Arbeiterklasse!

Worin nun beruht ihre Stärke und ihre Verfassungsgewalt? Ein Heer geschulter Soldaten gehorcht ihr nicht und Kanonen stehen ihr nicht zur Verfügung. Fabriken, Maschinen und das mächtige Geld unterstehen nicht ihrem Einfluß. Und doch ist sie die stärkste Verfassungsmacht. Sie ist es einmal ihrer großen Bedeutung wegen, die ihr im gesamten wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und auch politischen Leben zukommt. Denn man sieht die werkschaffende Arbeit auch nur einen oder einige Tage hinweg, so würde Krankheit und Hungertod in Millionen Familien des Volkes die sofortige Wirkung sein. Diese Bedeutung der Lohnarbeiterschaft vergrößert sich mit ihrer wachsenden Zahl. Je mehr Menschen, durch den Prozeß der Arbeitsteilung voneinander getrennt, am Zustandekommen eines Wirtschaftsgutes arbeiten, um so fürchtbarer und unentbehrlicher wird die Tätigkeit jedes einzelnen. An der Lokomotive, die gebaut wurde, um Lebensmittelpflüge aus den ländlichen Gegenden oder vom Einfuhrhafen in die großen Verbrauchsgebiete zu bewegen, haben viele, viele Arbeitskräfte mitgearbeitet, und doch bliebe sie ein wirtschaftliches Nichts, wenn ein einziger, der Heizer, fehlte. Keine Zeitung könnte erscheinen, wenn der verantwortliche Mann an der Rotationsmaschine fehlt, auch wenn vorher in den Nachrichtenbüros, den Telefon- und Telegraphenämtern, in der Redaktionskubel und dem Seheraal Hunderte von Menschen um ihr Zustandekommen bemüht waren. Die Arbeit aller hängt von einem einzigen genau so ab, wie die des einzelnen von der Gesamtheit der mit ihm Schaffenden. Das war gewiß nicht immer so, vor Jahrhunderten zimmerte sich der Bauer sein Haus selbst und eine Abhängigkeit von vielen anderen Personen war ihm fremd. Heute aber ist in jeder Beziehung ein Umding, heute kann nur die große verbundene Macht der Arbeit die Werte schaffen, die ein Volk zu seiner Lebensführung braucht. Und eben darin liegt ihre Bedeutung, ein Teil ihrer Macht.

Aber weder die Bedeutung der Arbeitskraft noch die Zahl ihrer Träger genügt, um sie zu jener gesellschaftlichen Machtposition werden zu lassen, die sie sein sollte und auch sein könnte, wenn, ja wenn das Band der Organisation sie ganz einte. Kehren wir wieder zurück zu dem Beispiel Lassalles. Denken wir uns alle Verfassungen und Gesetzbücher plötzlich verbrannt. Man würde dann neue schaffen müssen, und fehlte dabei die gewerkschaftliche und politische Organisation der Arbeitermassen, dann würden die Industriellen und Bankiers genau so allmächtig sein, wie es einst der absolute Monarch war. Keiner von ihnen würde je daran denken, das Recht auf Arbeit und die Betreuung derer, die arbeiten wollen, aber nicht arbeiten können, weil die Wirtschaftskontinuität es nicht gestattet, als Verfassungsgrundgesetz zu proklamieren. Niemand würde auf den Gedanken kommen, dem, der arbeitet, auch ein menschenwürdiges Dasein zu sichern. Lohn, Arbeitszeit und soziale Versicherungshilfe würden unbeachtete Begriffe bleiben! Gewiß ist das nur ein Beispiel, das war es bei Lassalle, das soll es auch hier sein. Gewiß geht es heute nicht um die völlige Neuschaffung aller sozialen und arbeitsrecht-

lichen Gesetze. Einen großen Teil davon hat sich die Arbeiterkraft durch ihre Organisationen, eben weil diese zu gesellschaftlichen Machtfaktoren geworden sind, erkämpft. Zur Debatte steht lediglich ihre Fortentwicklung, ihr Ausbau, oder, wie es gegenwärtig ganz unzweideutig zu beobachten ist, ihr Abbau.

Solange starke gewerkschaftliche Organisationen bestehen, wird keine Regierung, ganz gleich welcher Parteiführung, es sich gestatten können, die erkämpften Rechte der Arbeiterkraft radikal zu beseitigen. Sie müßte dabei befürchten vom Sturm der Arbeiterkraft hinweggesetzt zu werden. Da nun im großen nichts zu erreichen ist, fängt man nach alibekannter Methode im kleinen an. Aber auch hier steht der organisierte Massenwille immer die Grenzen des für den Gegner Erreichbaren ab. Wer aber soll beim Fehlen der Organisation den Abwehrkampf leiten, wer der schädlichen Arbeitgeberpropaganda entgegenreten, wer, wenn es notwendig ist, die Massen zum Sturm aufrufen? Immer nur kann es die Gewerkschaft sein, die die Arbeiterklasse in allen Lebenslagen vertritt.

Die Gewerkschaften als gesellschaftliches Machtinstrument geben heute schon der ganzen gegen uns gerichteten Arbeitgeberpropaganda das Gesicht. Keine Gruppe des Volkes, und sei sie noch so reaktionär, mag heute der Arbeiterkraft das Recht um höhere Löhne oder verkürzte Arbeitszeit grundsätzlich streitig zu machen. Ein neuer, angeblich unübersteigbarer Hindernisgrund, die berechtigten Wünsche nicht erfüllen zu können, wird wieder und immer wieder in den Vordergrund gehoben, die Wirtschaft, die angeblich die ihr entsetzende Mehrbelastung nicht tragen kann.

Doch sie es trotz gegenteiliger Unternehmerbehauptungen kann, zu beweisen, ist ja heute eine der Hauptaufgaben der gewerkschaftlichen Arbeit und Propaganda. In welchem Maße das gelingt, ist abhängig von jener Summe geistiger Kräfte, die sie in ihren Reihen birgt. So ist das Wissen erneut zu einer gewerkschaftlichen und damit gesellschaftlichen Machtposition geworden. Und deshalb ist „sich bilden“ und „werben“ notwendiger denn je, denn die Arbeiterklasse wird die ihr gestellten Aufgaben nur dann lösen können, wenn, wie einer ihrer Führer einmal ausrief, Organisation sie eint und Wissen sie leitet. F. V.

Die Entwicklung des Tarifvertragsgedankens

Können Arbeiter auf den Tarifvertrag verzichten?

Von Alexander Knoll.

III.

Wenn die neuzeitlichen Bemühungen gewisser Unternehmerkreise, die „Tessell“ der Tarifverträge abzuschütteln, bisher nicht zu dem gewünschten Erfolge geführt haben; wenn man insbesondere bis jetzt nicht gewagt hat, zu diesem Zweck wirtschaftliche Gewaltmittel in Anwendung zu bringen, so deshalb, weil man in diesem Falle doch damit rechnen muß, daß die öffentliche Meinung einen solchen offenen Versuch absolut mißbilligen würde. Selbstverständlich würden auch die Gewerkschaften sich einem solchen Versuch mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln widersetzen. Das weiß man natürlich auch auf der anderen Seite. Deshalb eben versucht man es, das Ziel mehr „hintenherum“ zu erreichen.

Solange nun die Arbeiterkraft selbst nichts unternimmt, den Tarifvertragsgedanken zu gefährden oder in Mißkredit zu bringen, hat sie von den Bemühungen ihrer Gegner sicher nichts zu befürchten. Leider aber sind auch hier zur Zeit Kräfte am Werk, die den Tarifgegnern auf Unternehmensebene tatkräftig in die Hände arbeiten — und selbstverständlich ist es auch in diesem Falle — wie könnte es auch anders sein — die kommunistische Partei, die den wirtschaftlichen Gegnern der Arbeiterklasse diesen Liebesdienst erweist. Und zwar mit ihren „zwischenzeitlichen“ Lohnforderungen.

Wir müssen, um das im einzelnen zu beweisen, auf die heutige Rechtslage und das Wesen des heutigen Tarifvertrages etwas näher eingehen.

Der Tarifvertrag beruht, wie jeder andere Vertrag, auf der Uebereinkunft zweier oder mehrerer Parteien. Beim Tarifvertrage kann allerdings an die Stelle der Zustimmung der Parteien, wenn diese nicht zu erreichen ist, der staatliche Zwang durch die sogenannte Verbindlichkeitsklärung treten. Ein so zustande gekommener Tarifvertrag legt den Vertragsparteien die gleichen Pflichten auf wie ein auf freiwilliger Vereinbarung beruhender. Eine nachweisliche Verletzung des Tarifvertrages berechtigt den geschädigten Teil, Schadenersatz zu fordern.

Man braucht kein besonderer Verehrer dieser Art von Zwangstarifverträgen zu sein; die Gewerkschaften sind es gewiß nicht. Aber einmal beruhen sie auf gesetzlicher Grundlage, sind also wohl oder übel zu respektieren. Und zum andern läßt sich ja auch nicht beweisen, daß sie in jedem Falle zum Nachteil der Arbeiterkraft ausfallen. Es gibt — leider! — auch heute noch große Berufsgruppen, die ohne Schlichtungszwang überhaupt noch keine Tarifverträge hätten! In der Tat wird denn auch die Verbindlichkeit ebensooft von Arbeiter- wie von Unternehmerseite beantragt.

Es ist nicht immer so gewesen. Es hat Zeiten gegeben, wo die Gewerkschaften gegen eine Verbindlichkeitsklärung von Tarifverträgen gar nichts einzuwenden gehabt hätten. Das war, als sie die ersten Tarifverträge unter harten Opfern erkämpft hatten und es sozusagen noch zum „guten Ton“ in Unternehmerrreisen gehörte, die nur widerwillig anerkannten Verträge bei nächster Gelegenheit zu brechen. Damals fand sich kein Gericht — Schlichtungsämter gab es noch nicht — das bereit gewesen wäre, die Gewerkschaften in ihren vertraglichen Rechten zu schützen, wie es heute der

Fall ist. Die Gerichte kannten keine Gewerkschaften, kein Gewerkschaftsrecht und keinen Tarifvertrag, auch kein Tarifrecht. Als im Jahre 1910 die Steinheuer in Hannover nach einem hartnäckigen Kampf einen Tarifvertrag durchgesetzt hatten, kam es infolge Eingreifens der Steuerbehörden wegen nicht entrichteter Stempelsteuer zu einem Prozeß. Das Gericht erklärte die Forderung der Steuerbehörde für hinfällig — weil der Tarifvertrag gar kein Vertrag sei und niemand gezwungen werden könne, sich an ihn zu halten und auch niemand Forderungen aus demselben herleiten könne...

Zum Glück für die beteiligten Arbeiter war der Respekt der Unternehmer vor der Gewerkschaft größer, als ihre Freude über dieses Urteil, und sie haben deshalb dasselbe nicht zu ihren Gunsten ausgenutzt. Aber man stelle sich vor, daß heute, im Zeitalter der Reichsstarke, ein solches Gerichtsurteil erfolgen könnte. Das Unheil, das daraus für die Arbeiterkraft — in der Zeit der Millionenarbeitslosigkeit! — erwachsen könnte und müßte, ist gar nicht abzusehen.

Solche Urteile sind heute undenkbar. Im Gegenteil haben Landesarbeitsgerichte und Reichsarbeitsgericht in Fällen, wo Arbeitgeberorganisationen ihre angebliche Tarifunfähigkeit behaupteten, um sich auf diese Weise um den Abschluß von Tarifverträgen herumzubrüden, durch Urteil entschieden, daß es solche Tarifunfähigkeit nicht gibt.

Das ist ein ganz unvertennbarer und unbestreitbarer Fortschritt. Und die Arbeiterkraft ihrerseits sollte sich in ihrem eigenen wohlverstandenen Interesse hüten, irgendwelchen Bestrebungen und Maßnahmen Vorstoß zu leisten oder sie auch nur stillschweigend zu dulden, die geeignet sind, diese ihre wichtige Rechtsposition zu gefährden.

Diese Gefahr aber wird durch die sogenannte „zwischenzeitlichen“ Lohnbewegungen heraufbeschworen.

Wie schon gesagt, der Tarifvertrag ist ein Vertrag wie jeder andere; er regelt Rechte und Pflichten der am Vertrag Beteiligten und gewährt jedem derselben ein gewisses Maß von Schutz. Er verpflichtet die Arbeitgeber, für die Dauer des Vertrages nicht unter den Vertragslohn herunterzugehen und ist so ein Schutz für den Arbeiter gegen die Ausnutzung ungünstiger Konjunkturen durch den Arbeitgeber zum Nachteil des Arbeiters. Andererseits verpflichtet er die Gewerkschaft, innerhalb der Vertragsdauer keine über den Vertrag hinausgehenden Forderungen zu stellen und mit den Mitteln des gewerkschaftlichen Kampfes zu erzwingen. Man bezeichnet das als die Friedenspflicht der Vertragsparteien.

Diese Friedenspflicht schließt nicht grundsätzlich aus, daß man sich auch innerhalb der Vertragsdauer über Veränderungen einzelner Vertragsbestimmungen verständigt. Eine solche Verständigung aber legt selbstverständlich das Einverständnis beider Teile voraus. Eine gegen den Willen eines Vertragspartners erzwungene zwischenzeitliche „Regelung“ ist Vertragsbruch und berechtigt unter Umständen auch den Gegner, gelegentlich zu „zwischenzeitlichen“ Maßnahmen zu schreiten, die in seinem Interesse gelegen sind.

(Als ein klassisches Beispiel solcher von Unternehmerseite ausgehenden Initiative zu einer „zwischenzeitlichen“ Regelung“ ist vielleicht der berühmte Fall des Stahlwerks Beder anzusehen.)

Es ist klar, daß mit solchen Maßnahmen, wenn sie sich ein paar mal wiederholen, das ganze System des Tarifvertrages erschüttert würde. Beide Teile erhielten so die „Freiheit des Handelns“, deren sie sich durch den Tarifvertrag begeben haben, zurück.

Wer dabei den Schaden haben würde, das bedarf nach dem, was oben ausgeführt wurde, wohl keiner ausführlichen Erörterung mehr. Das Gesetz von Angebot und Nachfrage müßte sich heute, unter der enormen Arbeitslosigkeit, die wahrscheinlich noch sehr lange anhalten wird, noch unendlich stärker zuungunsten der Arbeiterkraft auswirken, als es zu der Zeit der Fall war, als die Gewerkschaften die ersten Kämpfe um den Tarifvertragsgedanken geführt haben. In lohnpolitischer Hinsicht erhielten die Unternehmer das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht, dem sie noch immer nachtrauern, zurück; ihr wirtschaftliches Herrertum, das sie durch den Tarifvertrag eingebüßt haben und inzwischen auch sonst durch mancherlei gesetzliche Maßnahmen eingeschränkt worden ist, wurde wieder hergestellt — nur die Arbeiterkraft allein wäre das Opfer des grauamen freien Spiels der wirtschaftlichen Kräfte, das dann einsehen würde und einsehen müßte — zur Freude aller dunklen Elemente, die schon längst am Werke sind, solche Zustände wieder herbeizuführen.

Nur die Arbeiterkraft allein erlitt unendlichen Schaden, da sie alle die sich aus solchem vertragslosen Zustand ergebenden Opfer zu tragen haben würde. Natürlich würde sich die Erkenntnis, was man verloren hätte, sehr bald Bohn drehen, und die Folge wäre, daß man von vorn anfinge, das heißt, daß der Kampf um den Tarifvertrag von neuem entbrannte — dann allerdings unter sehr viel ungünstigeren Umständen.

Wozu aber erst einen solchen Umweg, der doch mit unnötig schweren Opfern verbunden wäre? Die Arbeiterkraft kann den Tarifvertrag noch längst nicht entbehren. Das einzige Mittel, ungenügende Tarifverträge zu verhindern, ist ein immer weiterer Ausbau unserer gewerkschaftlichen Organisationen. Einer wirklich starken und leistungsfähigen Gewerkschaft wird auch der staatliche Schlichter keinen absolut untragbaren Zwangstarif zumuten. Sie wird den Schlichter in den meisten Fällen überhaupt nicht zu bemühen nötig haben. — Der Tarifvertrag ist das Fundament des Mitbestimmungsrechts des Arbeiters im Wirtschaftsleben. Wer dieses Fundament zerstört oder untergräbt, ist der schlimmste Feind der Arbeiterklasse. Deshalb: Hände weg vom Tarifvertrag!

„Die Straße des Todes“

Dichterisches Sehen und geschichtliche Betrachtung

Wie dichterisches Sehen und geschichtliche Betrachtung zu völlig übereinstimmenden Ergebnissen kommen können, beweist uns ein Aufsatz des bekannten Dichters und Schriftstellers Lernet-Holenia, der unter obigem Titel in der Zeitschrift „Das Reichsbanner“ (Nr. 13, Jahrgang 1930) erschienen ist. Wäre dieser Aufsatz nicht über zwei Jahre nach dem Erscheinen des 1. Bandes der „Geschichte der Straße“ erschienen, dann könnte der Verfasser dieser Geschichte, unser Kollege Knoll, unter Umständen in den Verdacht geraten, bei Lernet-Holenia eine „Anleihe“ gemacht zu haben, ähnlich der, die man dem Autor der bekannten „Dreigroschenoper“ zum Vorwurf gemacht hat.

Lernet-Holenia schildert in seinem Aufsatz die Gefühle und Gesichte beim Marsche eines österreichischen Dragonerregiments durch die sibirische Steppe mit dem „ungeheuren blauen Ausblick auf Asien“, die ihn beim Anblick der zahllosen vor- und frühgeschichtlichen Gräber (Kurgane) an diesen endlosen langen Steppenstraßen beschließen haben. Er kleidet seine Eindrücke in diese Worte:

„Ich sah ab, ich ging auf den Erdbügel zu. In Abständen von Viertelsstunden zu Viertelsstunden etwa zeigten sich, unter dem weissen Himmel der Steppe, andere solche Kurgane, in zwei deutschen Meilen von Osten nach Westen ziehend, abwechselnd links einer und rechts einer, gleichsam wie Fußstapfen eines ungeheuren Tieres. Eine Diktation war sogleich entstanden, es sah wie Wegzeichen aus, wie eine Straße, eine Heerstraße. Und kaum war der Gedanke gefaßt, so erzeugte er auch schon Leben. Es waren Völker hier gezogen: das stellte sich auch in der Einbildung dar. Als rieselte Wind durch das Gras, als sählchen die Füße Unsichtbarer, ging in der heißen Stille ein Geräusch wie von vielen Schritten an, von geisthaften Schritten sich bewegender Menschen und Pferde, ein leiser Lärm wie von Wagen und Vieh, schwach im Anfang, dann deutlicher und deutlicher, ein Silberrauschen in der Luft mit, man bildete sich ein, einen schwachen Andrang zu spüren wie vom Wind, vom Luftzug der vielen Phantome. Die Stelle war zauberlich offenbar. Raum war sie imaginiert worden, so zogen sie auch schon wieder vorbei: Völker, von Osten nach Westen. Das war ihr Weg gewesen, sein innerer Hinweis auf ein Ziel zu; kein Zwang, zu geleiten, war, nach Jahrtausenden, noch immer so stark, daß die Bewegung Wandernder in ihm unsichtbar lebendig blieb und sich auf das Gemüt übertrug.“

Er füllte sich, so wie einem nur der Gedanke daran kam, mit Schatten an, ziehenden Schatten, wandernden. Und da, mit einem neuen Erschrecken, fiel einem ein, daß, wenn Völker hier gegangen wären, auch das eigne dabei gewesen sein werde, Leute aus eignum Blute, hier, aus dem Osten her nach Westen hin, an die hundert Geschlechter uns voraus, aber doch von ganz demselben Blute, das man in sich selber spürte. Die waren hier gezogen. Auf wen zu? Auf einen selbst. Hier, in unglaublicher Fremde, fand man seine eigne Spur.

Hier waren sie vorüber: Männer, Frauen, Kinder; Ahnherrnen, Verwandtschaft von früher, reiner noch als wir, ungeheure Verheißung im blauen Bild mit sich bringend aus dem Paradies. Das war ihr Weg nach Europa gewesen, die Kurgane waren ihre Gräber. Die Ermüdeten zu seinen der Straße liegen bleiben, waren sie aus dem Zuge des Heeres getreten, da hatte man sie begraben unter den heilig-drohenden Malen der antiken Kurgane, als Wegweiser der Zukünftigen, diese, die Toten, die man hier in der Ferne wiederfand, die so gewesen waren wie wir selbst. Die ganze Erschütterung, die geheimnisvolle, furchtbar-finnliche Gewalt des Blutes spürte man über diesem Wiederfinden. Zu denken: hier waren sie zu Pferde begraben, die aus dem Völkerzug, hier, angefaßt ihres Welt-Weges, schwand die Zeit zu nichts, noch immer war alle Verheißung und Wanderung gegenwärtig wie jetzt je.“

Damit vergleiche man, was Kollege Knoll über die weltgeschichtliche Bedeutung und das Entstehen dieser Jahrtausende alten

Völkerstraßen geschrieben hat. (Vergl. die Kapitel: „Die Straße in der Vorzeit“ und „Gräber- und Tempelstraßen des Altertums“ in Knolls „Geschichte der Straße“ Band I.) Knoll behandelt die großen, quer durch ganz Asien, von Ost nach West ziehenden Völkerstraßen, die in Rußland ihre Fortsetzung finden, auf denen nachweislich seit Jahrtausenden ungezählte Völkerstämme gewandert sind, teils vertrieben und verdrängt von jungen Erobererstämmen, teils selbst als Bedränger und Eroberer auftretend — immer aber auf der Suche nach einer neuen Heimat im Westen oder getrieben von der Begierde, den reichereren sesshaft gewordenen westlichen Völkern ihre Reichtümer zu rauben, sie selbst zu vernichten oder zu Sklaven zu machen.

Natürlich taucht da die Frage auf: Wie haben die Späteren die Wade gefunden, die ihre Vorgänger eingeschlagen hatten? ... Was ist es gewesen, das den ungezählten Scharen immer wieder den Weg gewiesen, sie immer wieder auf die richtige Spur geleitet hat?

Knoll beantwortet diese Fragen wie folgt:

„Solche Völkerwanderungen und Völkerzüge haben Jahre und Jahrzehnte, in manchen Fällen Jahrhunderte gedauert, ehe sie irgendwo einmal zur Ruhe kommen. Auf diesen Wanderungen sind naturgemäß Angehörige zugrunde gegangen. In jedem gewaltsamen Todesfalle aber erblickten die Naturvölker das Malten eines bösen Prinzips, das man unschöpflich machen oder vernichten muß. Verunglückte einer der Führer auf dem Wanderzuge, so blieb gar nichts anderes übrig, als ihn an der Straße zu begraben und ihm ein „Denkmal“ an die Straße zu setzen, d. h. an die Straße, die man eben zog. ... So haben solche Gräber den Zweck als „Wegweiser“ erfüllt.“

„Es ist nicht anders: Es waren die Toten aus Jahrhunderten und Jahrtausenden, die immer wieder den Lebenden den Weg gemiesen haben. So betrachtet, könnte man schlussfolgern, daß die Kulturvölker des Altertums mit der Errichtung und Unterhaltung ihrer Gräberstraßen nicht nur ein Wahrzeichen ihrer eigenen Kultur aufrichteten, sondern zugleich ihren Vorfahren, denen sie den Weg zur Höhe verdankten, diesen Dank in weithin sichtbarer Weise abzustatten wollten. Sie taten das, indem sie ihren Tüchtigsten und Verdienstlichsten an der den Kulturaufstieg vermittelnden Straße ein ragendes, allen sichtbares Mal setzten. Zugleich aber wiesen sie den nachfolgenden Geschlechtern den Weg.“

„Als Wegweiser der Zukünftigen“, wie es Lernet-Holenia geschildert und beschrieben hat.

Kolleginnen und Kollegen! Väter und Mütter!

Eure gewerkschaftliche Pflicht ist noch nicht erfüllt, wenn ihr nur selbst der Organisation angehört. Eure Pflicht ist es, die erwerbstätigen Familienangehörigen, besonders auch die in der Heimarbeit Beschäftigten, der zuständigen Gewerkschaft zuzuführen. Eure im Lehrverhältnis sich befindlichen Söhne und Töchter gehören in die Jugendabteilung des zuständigen Verbandes.

Der Ablauf des Reichsarbeitsvertrages für die deutsche Pflasterstein- und Schotterindustrie durch Kündigung zeitig nach mehreren ergebnislosen Verhandlungen am 9. April in Erfurt nachstehendes Protokoll:

„Die unterzeichneten Verbände verlängern den Reichsarbeitsvertrag für die deutsche Pflasterstein- und Schotterindustrie vom 25. Februar 1928 sowie den Schieds- und Schlichtungsvertrag für den Geltungsbereich des Reichsarbeitsvertrages für die deutsche Pflasterstein- und Schotterindustrie vom 25. Februar 1928 (vom 1. Juni 1928) unverändert bis 31. Dezember 1930.

Die Allgemeinverbindlichkeitserklärung wird gemeinsam beantragt.

Reichsverband der deutschen Pflasterstein- und Schotterindustrie
E. W., Berlin-Charlottenburg 2, Goethestraße 6.
gez. Dr. Klefenz.

Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands, Sitz Leipzig.
gez. Karl Wunderlich.

Berufsverband deutscher Steinarbeiter, Sitz Berlin.
gez. Ernst Kladezki.

Gewerksverein deutscher Fabrik- und Handarbeiter (Hirsch-Dunder)
Berlin.
gez. Stuwe.“

Die Arbeitslosigkeit der Verbandsmitglieder im Monat März 1930. An der Zählung beteiligten sich nur 604 Zahlstellen mit 57 890 Mitgliedern. Nicht berichtet haben 178 Zahlstellen mit 10 092 Mitgliedern.

Im Bereich der einzelnen Landesarbeitsämter wurde die Arbeitslosigkeit unserer Verbandsmitglieder so festgestellt:

Landesarbeitsamt	Gemeldete Mitglieder	Davon arbeitslos	in Prozent
1. Ostpreußen	521	364	69,9
2. Schlesien	10 809	7 560	69,9
3. Brandenburg	3 416	1 518	44,4
4. Pommern	1 391	925	66,5
5. Nordmark	2 545	570	22,4
6. Niederrhein	2 486	761	30,6
7. Westfalen	981	44	4,5
8. Rheinland	2 718	1 567	57,6
9. Hessen	4 991	2 010	40,3
10. Mitteldeutschland	5 150	2 836	55,1
11. Sachsen	12 776	6 272	48,7
12. Bayern	7 643	2 378	31,1
13. Südwestdeutschland	2 363	17	0,7
	57 890	28 025	48,4

im Durchschnitt

Im Monat Februar betrug die Zahl der Arbeitslosen im Verbands 59 Prozent.

Beucha. Die Steinmeihen der Firma Günther & Fiedler sowie der Firma Paul & Tollert stehen seit einer Woche im Streik. Die Ursache dazu war ein 11prozentiger Lohnabbau, den die Unternehmer mit allen Mitteln durchdrücken wollten. Nachdem bereits 3 Verhandlungen über den Neuausschluß des Tarifvertrages stattgefunden haben und durch die Verzögerung der Unternehmer der tariflose Zustand eintrat, versuchten es die Herren mit dem Ausschlag einer Befristung, daß in Zukunft die 11prozentige Zulage auf den Werklohn nicht mehr bezahlt werde. Dieses Vorgehen glaubten die betreffenden Arbeitgeber auf Grund der großen Arbeitslosigkeit der Kollegen durchzuführen zu können; denn ganz deutlich kam zum Ausdruck, wer nicht 11 Prozent billiger arbeiten will, kann sich seine Papiere holen. Die Antwort der Kollegen war die Arbeitsniederlegung, aber schon nach einigen Tagen forderten die Unternehmer vom hiesigen Arbeitsamt Steinmeihen an. Der § 90 Abs. 2 Ziff. 3 Arb. und Arb. G. scheint genannten Unternehmern unbekannt zu sein, sonst würden sie sich diese Mühe nicht gemacht haben. Bemerkenswert ist, daß von ihnen beim Abschluß des Grundlohntarifes über Pflaster- und Schotterarbeiten stets betont wurde, die Löhne der ungelerten Arbeiter wären viel zu hoch gegenüber den Löhnen der gelernten Arbeiter. Bei letzteren hat auch tatsächlich ein Abbau stattgefunden, während die Lohnsätze der letzteren bestehen blieben. Da nun diese Tarife abgeschlossen sind, kommen die Unternehmer auf einmal auf den Gedanken, daß auch die Steinmeihen bis jetzt 11 Prozent zuviel bekommen haben. Aus den zurückliegenden Lohnlisten der Steinmeihen läßt sich gewiß nicht herleiten, daß ihre Entlohnung etwa zu hoch gewesen wäre. Die auswärtigen Kollegen dürfen kein Arbeitsangebot nach Beucha annehmen.

Freiburg i. Bomm. Am 9. März fand die Mitgliederversammlung im Lokale „Neue Welt“ statt. Der Vorsitzende begrüßte die Kollegen und dankte ihnen für ihr zahlreiches Erscheinen. Hierauf ist das wirkliche Interesse der Kollegen an der Gewerkschaftsbewegung zu erkennen. Die Tagesordnung war sehr umfangreich. Unter „Einkauf“ gab der Vorsitzende einige Schreiben des Zentralvorstandes bekannt. Unter anderem Rundschreiben Nr. 2 betreffs Opposition. Die Kollegen sind mit dem Zentralvorstand einer Meinung, laßt die Opposition machen, was sie will, wir stehen auf dem Standpunkt, nicht Zersplitterung, sondern Einigkeit macht stark. Zu begrüßen ist die Einführung der Invaliden- und Altersunterstützung in unserem Verbands. Kollege Schwandt erstattete dann den Bericht vom Bezirksstag der Steinarbeiter in Pafemalk. Vor allem, daß jetzt ein einheitlicher Steinlägerart aufgestellt worden ist. Unter anderem ist auf dem Bezirksstag der Beschluß gefaßt worden, einen Bezirksleiter anzustellen. Kollege Bieleber berichtete über die Ortsauschussführung vom 7. Februar und gibt bekannt, daß dem Ortskartell 12 Verbände angegeschlossen sind und der Mitgliederstand sich von Jahr zu Jahr hebt; er kam dann auch auf die Opposition zu sprechen und führte aus, daß eine vernünftige und sachliche Kritik jederzeit zu begrüßen ist. Aber eine Opposition, die unrecht und nicht aufbaut, ist verwerflich. Die Zahlstelle will es mit dem Reformen des dänischen Sozialistenmarthes halten: Uns bindet die Liebe, uns bindet die Not, zu kämpfen für Freiheit und Brot.

Kaiserslautern. Am 9. Februar fand eine Mitgliederversammlung statt, die sich in der Hauptsache mit der Gestaltung der Arbeitslosenversicherung zu befassen hatte. Der Vorsitzende, Kollege Probst, führte hierzu aus: Am 16. Dezember waren Kollege Kroll, Alsenz, und ich bei dem Vorsitzenden, Oberregierungsrat Dr. Meißner, vorstellig zwecks Aufnahme der Kollegen in die Arbeitslosenversicherung, die keine 26 versicherungspflichtigen Wochen hatten und sich nach dem 9. Dezember 1929 arbeitslos meldeten. Es wurden damals alle vorgeschriebenen Bescheinigungen mit der Begründung abgelehnt, vom Landesarbeitsamt sei noch keine Anweisung da und es müsse bei dem bleiben, wie es ist. Am 20. Januar waren Kollege Kraß, Rammelsbach, und ich erneut vorstellig, um die Kollegen aus der Sonderfürsorge in die Arbeitslosenversicherung zu bringen und die noch bestehenden Mißstände in der Krisenfürsorge im ganzen Bezirksarbeitsnachweis zu beseitigen. Auch hier erklärte Dr. Meißner, an dem Bestehenden nichts zu ändern, da die Steinhauer Bauhandwerker seien und als solche von den Vergünstigungen vom Landesarbeitsamt keinen Anspruch haben. Kollege Probst erhob nun Einspruch beim Spruchauschuss, der am 5. Februar tagte. Die drei Fälle von Alsenz, die er als Bevollmächtigter zu vertreten hatte, wurden zu weiterer Erhebung verlagert. Sein

Fall wurde mit 1 gegen 2 Stimmen abgelehnt. Es steht dem Kläger das Recht zu, weil keine Stimmenmehrheit zu erzielen war, vor dem Spruchauschuss der Kreisregierung der Wahl Einspruch zu erheben. In der Begründung wurde vom Vorsitzenden betont, daß der Kläger im Jahre 1929 annähernd 10 Wochen bei der Firma Gebr. Mittelberger als Steinhauer beschäftigt war. Diese Firma sei ein Baugeschäft. Eine sonderbare Begründung des Herrn Vorsitzenden Dr. Meißner. Anschließend an diesen Bericht setzte eine lebhafte Debatte ein. Weil jeder Kollege jetzt einzeln Einspruch erheben muß und hier vom Arbeitsamt schon allerhand Schikanen gemacht wurden, wurde der Gauleiter beauftragt, zur nächsten Spruchauschuss-Sitzung zu kommen. Zum Punkt Lohnfrage wurden verschiedene Anträge auf Lohnhöhung gestellt; der Antrag Schäfer wurde angenommen. Im Punkt Verschiedenes wurde vom Kollegen Wolf, Baalborn, nochmals auf die Indifferenten hingewiesen und erklärt, man solle sich nicht so viel mit denselben einlassen.

Bunzlau. Am 23. Februar fand im Volkshaus Distrikts-Delegiertenversammlung statt. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung gab der Obmann, Kollege Eisenhauer, einen Bericht über den Abschluß des verlängerten Lohnabkommens. Infolge der schlechten Konjunktur dachten die Unternehmer, durch Kündigung des Abkommens mit einem Lohnabbau operieren zu können, was aber verhindert wurde. Hoffentlich gelingt es, durch mehr Einsicht die Lebenslage in der schlesischen Natursteinindustrie zu bessern. In dem ausführlichen Jahresbericht wurde zur Kenntnis gebracht, daß das vergangene Jahr bis jetzt das schlechteste für die Kollegen war. Verschiedene Betriebe sind stillgelegt, sämtliche Kollegen waren längere Zeit arbeitslos. Zu begrüßen ist es, daß die Sandsteinarbeiter nicht zu den berufsüblichen Arbeitslosen zählen. Es ist auch ein Zeichen der Zeit, daß der hiesige Distrikt das erstmalig nicht auf dem Verbandstag vertreten war. Beklagt wird über den schlechten Gesundheitszustand der Kollegen. Die Unfallverhütungsvorschriften werden nicht innegehalten und die Betriebsräte in ihrer aufbauenden Tätigkeit behindert. Einem gemeinsamen Vorgehen zwecks Verwendung von Naturstein durch Eingaben an die Regierungsstellen, Behörden und Architekten wird nicht das richtige Verständnis entgegengebracht. Es bleibt bei dem „Zigarettenkartell“ mit eingestampften Betonarbeiten für Naturstein nichts. Trotzdem wir mitten drinstecken. Die Notlage versuchen die Unternehmer durch Tarifierhöhungen, Lohnkürzungen und andere Schwierigkeiten auszunutzen. Der Manteltarif ist auch noch nicht unter Dach gebracht worden. Der Schriftverkehr im Distrikt war reger. Zum Obmann wurde Kollege Eisenhauer wieder gewählt und als Stellvertreter Kollege Lutewohl. Der Obmann ermahnte zur weiteren vorwärtsstrebenden Mitarbeit unter Ausschaltung persönlicher Vorteile. Unter „Verschiedenes“ wurden die Delegierten über die Einführung der Invalidenunterstützung durch den Verband aufgeklärt und ihnen der Verbandsvoranschlag zur Urabstimmung empfohlen.

Magen. Am 9. Februar fand hier unsere Frühjahrs-Bezirkskonferenz statt. Es waren alle Zahlstellen durch ihre Delegierten vertreten. Der Bezirksleiter, Kollege Jak. Haupt, hieß bei der Eröffnung alle Delegierten willkommen und widmete besonders herzliche Dankesworte dem nach Hannover berufenen bisherigen Bezirksleiter Heine Schmitt für seine aufopfernde und aufbauende Tätigkeit. Der Beifall der Anwesenden zeigte, daß er allen aus dem Herzen gesprochen hatte. Des weiteren bat er, daß alle Funktionäre ihn in seiner schwierigen Tätigkeit unterstützen sollten, so wie sie den Kollegen Schmitt unterstützt hätten. Bei der Neuwahl des Bezirksvorstandes fiel, da der bisherige Bezirksobmann Haupt als Bezirksleiter für dieses Amt nicht mehr in Betracht kommt, die Wahl auf den Kollegen Friedrich Laue und als Stellvertreter Kollege Pet. Bäsch, Ettringen. Als Bezirksleiter stellt jede Zahlstelle einen Kollegen. Als zweiter Punkt der Tagesordnung wurde eingehend die augenblickliche Wirtschaftslage besprochen. Als besonders drückend empfunden wurde vor allen Dingen, daß viele Kollegen schon monatelang erwerbslos sind und dadurch in ihrer Lebenshaltung auf die unterste Grenze zurückgedrängt werden. Dazu kommt noch besonders bei der ländlichen Arbeiterschaft die Auswirkung des neuen § 89 a des Arb. G., wonach viele Kollegen im Falle der Arbeitslosigkeit trotz größter Not überhaupt keine Unterstützung erhalten. Die Erregung, die angesichts dieser Not unter den Arbeitern herrscht, kam von allen Delegierten zum Ausdruck. Es wurde von der Bezirksleitung gefordert, alle Wege zu suchen und alle Mittel anzuzubringen, um dieser Not zu steuern. Die in Betracht kommenden Arbeiterparteien sollten aber auch mit allen Mitteln versuchen, in dieser Zeit schwerster Not, die unverhältnismäßig hohen Staatsbeamtengehälter und deren Pensionen auf ein erträgliches Maß zu kürzen. Wenn auch die Be-

troffenen davon natürlicherweise nicht erbaute sein werden, die Arbeiterchaft wird eine solche Haltung bestimmt begrüßen. — Die Kündigung der Tarife wurde gutgeheißen. Mit event. Abänderungsvorschlägen soll sich die Tarifkommission befassen, die später zusammentritt. Unter Punkt „Verschiedenes“ machte Koll. Haupt bekannt, daß der Neuausschluß des Arb. G. für die Industrie immer noch nicht getätigt sei. Weiter wies er auf die Vorlage im „Steinarbeiter“ betr. der Einführung der Invalidenunterstützung im Verband hin, die in dieser Fassung wohl von allen Kollegen angenommen werden könnte. Er wies auf die bevorstehende Urabstimmung hin und forderte die Kollegen auf, dafür zu sorgen, daß sich alle an der Urabstimmung beteiligen, damit die so notwendige und zeitgemäße Unterstützung auch in unserem Verbands durchgeführt wird. Nachdem noch einige Anfragen erledigt waren, schloß der Vorsitzende, Koll. Laue, die angeregt verlaufene Sitzung. Die Konferenz hat den Beweis erbracht, daß die Kollegen einmütig in der Auffassung sind, der kommenden schweren Zeit mit ruhigem Blut, aber mit größter Entschlossenheit entgegenzusehen.

Stargard i. Pom. Am 21. Februar 1930 tagte bei Körner, Karlstraße, eine außerordentliche Mitgliederversammlung. Es wurde der Bericht gegeben, von Lehmann, über den oppositionellen Bezirkskongress, der in Stettin abgehalten wurde. Es kam zur lebhaften Aussprache, zwischen der KPD-Opposition und den treuen Verbandskollegen, wodurch es zur Abhebung des örtlichen Gesamt-Vorstandes kam. Die Neuwahl konnte wegen dauernder Störung der KPD-Anhänger nicht vollzogen werden. Unter Protest vertließen die übrigen Verbandsmitglieder das Lokal.

Dann tagte am 23. Februar im gleichen Lokal eine außerordentliche Mitgliederversammlung. Diese erfreute sich eines regen Besuchs. Der Gauleiter, Kollege Edmund Laue, leitete die Versammlung. Er besprach die schlechten Verhältnisse der Zahlstelle, und stellte zum Bedauern fest, daß hier viel Quertreibereien getrieben wurden. Grund dessen wurden vier Kollegen ausgeschlossen. Die Neuwahl wurde dann reibungslos erledigt. Die Gewählten nahmen die Funktion an mit dem Gedächtnis, ihre Funktion auszuführen im Interesse der Mitglieder und treu zum Verbands zu halten. Die Namen der Ausgeschlossenen sind: Köbsch, Gerhard, Steinhefer, Marquardt, Paul, Steinheferlehrling, Lehmann, Wilhelm, und Boorh, Wilhelm, beide Kammer.

Kirchberg i. Sa. Im Mittelpunkt der am 16. März d. J. stattgefundenen gutbesuchten Versammlung stand das Referat des Kollegen Neumann über den Hauptvorstand über „Verbandsunterstützungen“. Nach kurzer Kennzeichnung der jetzt schon bestehenden Hauptunterstützungen (Streik-, Kranken- und Erwerbslosenunterstützungen) ging er ausführlich auf die geplante, mittels Urabstimmung zur Entscheidung kommende Invalidenunterstützung ein und führte folgende gewichtige Gründe dafür an: 1. Obgleich diese Unterstützungen Sache des Reiches sein sollte, wird doch ein vom Verband gewählter Zusatz eine gute Zuzufolge für die leider heute noch karglichen staatlichen Renten sein. 2. Dieser Unterstützungsart wird besonders von den Kollegen im deutschen Westen gewünscht, da dieser von den dort dominierenden gegnerischen Gewerkschaften schon längst eingeführt ist, damit unser Verband an der Ausbreitung gebindert ist. 3. Von den 35 dem ADGB angeschlossenen Verbänden haben 32 diese Unterstützungsart, während sich ausgerechnet unser Verband unter den Restanten befindet. Bei eventuellem Berufswechsel und damit Verbandsübertritt entstehen dann allerlei Schwierigkeiten und Komplikationen. 4. Wie jede Verbandsunterstützung, ist mehr noch die Invalidenunterstützung eine gute Bindung an den Verband, damit dem ewigen, nur Unkosten verursachenden „Rin — Raus“ ein Ende bereitet. Zum Schluß betonte Kollege Neumann, daß ein gutes, ausgebauter Unterstützungsart eher die Kampfkraft hebt als mindert, beides jedoch abhängig von der reiflichen gewerkschaftlichen Erfassung aller Berufsangehörigen. Bei der kommenden Urabstimmung sollte sich jeder Kollege leiten lassen von dem Spruch: „Vorwärts immer — Rückwärts nimmer.“ Dann nahm man Kenntnis vom Briefwechsel Zahlstelle Bezirksverband Zwickau, betr. Arbeitsbeschaffung. Im Zusammenhang damit beschloß man auf Antrag des Koll. Erhard Meyer, eine gemeinsame Sitzung mit den Arbeitgebern abzuhalten. Der Gauleiter, Kollege Mühl, warnt in einem Rundschreiben vor Unregelmäßigkeiten und teilt in einem zweiten mit, daß der Bezirksstabs bis 1931 trotz enormen Widerstand der Unternehmer verlängert ist. Ein Erfolg! Der Hauptvorstand gibt Aufschluß über die „stillose Opposition, von der jeder ehrliche, überzeugte Gewerkschafter (sogar Kommunisten) abblide.

In der Aprilversammlung soll der Kollege Erhard Meyer einen Vortrag über „Arbeitsrecht“ geben.

Wanne-Eickel. Die Kollegen traten zu einer Besprechung zusammen mit dem Gedanken, unsere seit Jahr und Tag verfallene Zahlstelle wieder herzurichten. Daß einiger Kollegen gelang auch, was man vorhatte. Wir wollen nicht verkennen, daß schließlich die Not sowie die unhaltbaren Zustände, die hier in Wanne-Eickel herrschen, viel dazu beigetragen haben. Zunächst bestellten wir unseren Kollegen Gauleiter Gante, der uns bei der Neugründung beistehen sollte, und holten gleichzeitig einige Ratsschläge bei ihm ein. Bei den Unternehmern wußte man gar bald, was geschehen war; darüber einige Proben von der Arbeitsuche: Der erste Unternehmer, ein junges Geschäft führend: „Die kleine Arbeit mache ich mit meinen Lehrlingen!“ Im Verlauf der weiteren Unterhaltung meinte dieser Herr sogar: „Die Pflasterer müßten wenigstens 6 Wochen Wartezeit haben (vorausgesetzt, daß sie ein halbes Jahr voll haben), um dann erst Unterstützung zu beziehen.“ Den Mann müßte sich jeder Kollege ansehen, dieser Unternehmer hat seine jämmerlichen Tage, die er im Arbeitslosenheer selbst mitgemacht hat, schnell vergessen. — Der zweite Unternehmer, ein älterer: „Ja, zuerst kommen doch wohl meine Jungen in Frage!“ (Wohlgemerkt, diese sind in der Kniffhäuserjugend!) Diese Redensarten müssen die Kollegen dazu führen, fester als bisher zusammenzukommen. Dann werden auch die Unternehmer zur Befinnung kommen.

Kloffenbürg. Am 8. Februar fand die Generalversammlung der Zahlstelle statt. Der Besuch ließ zu wünschen übrig. Kassierer Hartig erstattete ausführlichen Bericht über das Kaswesen und erntete für sein treues und gewissenhaftes Verwalten Dank. Durch die Verteilung der durch die Zahlstelle bezogenen Kohlen fand er große Anerkennung. Die ihm dafür zugesprochene Entschädigung lehnte er ab, es soll damit ein Grundstock zur Unterstützung alter, erwerbsloser Kollegen im Bereiche der Zahlstelle geschaffen werden. Die Neuwahl ergab: 1. Vorsitzender Adam Bieber, 2. Erhard Boß, Kassierer Friedrich Hartig, Schriftführer Fritz Fiedler, Revisoren Joseph Ott und Hans Bösl. Kollege Alois Fröhler von Fioß erstattete Bericht über die Gaufunktion in Schwarzenbach. Nachdem Kollege Ludwig Schwägerl Aufklärung über die Arbeitslosenversicherung, Berechnung usw. gegeben hatte, wurde nach reger Debatte in „Verschiedenes“ die Versammlung geschlossen.

Crossen a. d. Oder. Gründung einer Ortsgruppe des Zentralverbandes der Steinarbeiter war Veranlassung zu einer Versammlung am 8. Februar, 14 Uhr, in der „Guten Quelle“. Der hierzu erschienenen Gauleiter E. Pieske, Liegnitz, wies in beherzigenden und lehrreichen Worten und Zahlen auf die Notwendigkeit des Zusammenschlusses hin. Die 25 anwesenden Kollegen gaben volles Verständnis damit kund und wählten hierauf zum 1. Vorsitzenden Karl Sander, zum 2. Vorsitzenden Karl Bieske, zum Kassierer Paul Kappel, Schriftführer wurde Fiedler, Revisoren Binder und Huse. Zusammenkunft jeden ersten Sonnabend im Monat im Versammlungslokal, Restaurant „Gute Quelle“, in Crossen a. d. O.

Vom Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen

Spezial:

2. Gau: In Hohenau das Grabsteingeschäft von Emil Kneifel.

3. Gau: In Weiersdorf, Bez. Löbau, Fa. Herm. Jeschke, Granitwerk. — Im Geltungsbereich der Betriebe der Hohenburger Quarzporphyrwerke AG Röditz bei Wurzen haben sich ernsthafte Differenzen entwickelt. Die Direktion will mit allen Mitteln für ihre Betriebe Lohnabbau. Der Hartsteinbezirk Grimma-Torgau-Wurzen ist deshalb unter allen Umständen von fremden Kollegen zu meiden! — In Rössen das Grabmal- und Kunststeingeschäft von Achilles für Steinmeihen und Bildhauer wegen Maßregelung.

6. Gau: Odenwaldbezirk (Werkstein- und Pflastersteingruppe).

11. Gau: In Hildesheim die Firma Schneidewind. — Von Lübeck bleiben Steinmeihen und Schleifer fern. — In Bremen sämtliche Grabsteingeschäfte wegen Abbruchs der Tarifverhandlungen, wodurch tarifloser Zustand. Von der Sperre sind ausgenommen das Grabsteingeschäft von Franz Starker und die Abteilung Steinhauerei des gemeinwirtschaftlichen Bestattungsinstituts. — In Bremerhaven die Baustelle „Kohlenkopf“ der Firma Herm. Kröhne. Die Pflasterarbeiten werden für Maurerlohn, 1,33 Mark, ausgeführt, der Steinlegerlohn ist 1,53 Mark.

*

Schweiz. In Kreuzlingen, Basel und St. Margarethen darf wegen ernster Differenzen kein Steinmeihen oder Schleifer zureisen. Die Unternehmer suchen Arbeitskräfte in Deutschland. Kollegen übt Solidarität. — Ferner bestehen Lohnindifferenzen in Wil bei der Firma Otto Behold, Grabmalindustrie (Hauptgeschäft in Wirsberg in Oberfranken).

Streit:

3. Gau: In Beucha h. Leipzig, Granitsteinmeihen.

4. Gau: In Erfurt Steinmeihen wegen Tariffdifferenzen.

Erledigt:

3. Gau: In Rottewitz bei Meissen der Streik der Schotterarbeiter bei der Firma Ad. Lorenz mit Erfolg.

*

Zur Beachtung: Von Sperren usw. muß der Redaktion mindestens im Zwischenraum von 2 Wochen kurze Mitteilung zugehen, sonst unterbleibt die weitere Bekanntmachung.

„Steinarbeiterbonzen lassen die Maste fallen“

Unter dieser fragwürdigen Überschrift ist im Halleischen „Klassenkampf“ vom 4. April d. J. u. a. folgendes zu lesen:

„Eine von den ausgeschlossenen Steinarbeitern einberufene öffentliche Steinarbeiterversammlung beschäftigte sich noch einmal mit der Wiederaufnahme der ausgeschlossenen und ihrer Funktionen enthabenen Kollegen Preßsch, Feldmann, Thurm, Triebel, Ganzer und Montag. Diesen Kollegen war in der Versammlung vom 4. März ein Einspruchsrecht beim Verbandsauschuß zugestanden. Der Zentralangestellte Schlegel hat den Kollegen selbst versprochen, alles dafür einzusetzen, so damit alles wieder beim alten bleibt. Was hat sich aber nun herausgestellt?“

Der Verbandsauschuß dachte gar nicht daran, die 6 Kollegen wieder aufzunehmen, sondern beschloß, daß sie draußen bleiben. Die Versprechungen waren also nur Farce. Die Taktik des Zentralvorstandes ging dahin, die Mitglieder, die hinter ihren alten Funktionären standen, mit künstlicher Seife gehörig einzufeilen, um sie wieder zu sich rüber zu ziehen. Das ist aber schmähslich mißlungen. Sämtliche Kollegen des ausgeschlossenen Steinarbeiterverbandes stehen zu den Kampflogen der Opposition. Wenn wieder zum alten Steinarbeiterverband übergegangen werden soll, dann nur mit den alten Funktionären und ohne Reversse.“

Die Halleischen Spalter hatten sich also der Hoffnung hingegeben, daß sie ihr verbandschädigendes Treiben innerhalb des Verbandes wieder aufnehmen und ungeört fortsetzen können. Daß ihnen das durch die übereinstimmende Haltung des Verbandsauschusses und des Vorstandes mißlang, mag für die Betroffenen ebenso unangenehm sein, wie es für den Verband nützlich ist.

Daß es der Verbandsvorstand gegenüber den Mitläufern der Ausschlossenen an Enigentkommen nicht fehlen ließ, davon mögen sich die Mitglieder durch Kenntnisnahme folgenden Briefwechsels selbst überzeugen, der der oben geschilderten Versammlung vorausging:

„Halle, den 26. 3. 1930.“

An den Verbandsvorstand des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands, Leipzig.

Werte Kollegen! Da in der Angelegenheit „Ausschluß- und Amtsenthebungsverfahren“ gegen eine Reihe von Kollegen der Zahlstelle Halle mit Unwahrheiten und Unterstellungen vorgegangen wird, sehe ich mich veranlaßt, im Interesse des Verbandes die Sache richtigzustellen:

Es ist nicht wahr, daß Verbandsgelder zur Beschaffung der sogenannten „oppositionellen Kongresse“ verwendet worden sind. Die Gelder wurden durch freiwillige Sammlungen aufgebracht.

Es ist nicht wahr, daß Verbandsgelder in irgendwelcher Form an die KPD gegeben worden sind oder daß in den Mitgliedertribünen Propaganda für irgendwelche politische Partei getrieben worden ist.

Es ist nicht wahr, daß an die Ortsverwaltung Schreiben vom Verbandsvorstand geschickt worden sind, die keine Beantwortung gefunden haben. Wahr ist, daß an den Vorsitzenden der Zahlstelle keinerlei derartige Schriftstücke zur Beantwortung geschickt worden sind.

Es ist nicht wahr, daß vom hiesigen Ortsauschuß des ADGB oder vom Verbandsvorstand irgendwelche Schreiben oder sonstige Verwarnung betr. Kandidatur auf der sogenannten Freigewerkschaften-Liste zur Vorstandswahl der KPD an die betreffenden Kollegen ergangen ist.

Wahr ist, daß der Unterzeichnete ohne jede damalige Beanstandung auf Grund dieser Liste seit 2 Jahren schon seine Tätigkeit im Interesse der vereinigten Gewerkschafter als Vorstandsmitglied ausübt. Auch bin ich auf Grund dieser Liste als kommissarischer Vorstand vom Verbandsrat eingesetzt worden und kein ADGB hat auch hier etwas dagegen eingewendet. Auch bei der jehigen Neuwahl des Vorstandes zur KPD sind gegen die Kandidatur des Kollegen Ganzer, meiner Person auf der betreffenden Liste von seiten des hiesigen Ortsauschusses des ADGB keine Beanstandungen gemacht worden, erst nach erfolgter Wahl, trotzdem die Liste dem Ortsauschuß 6 Wochen lang bekannt war. Es bestand ja auch auf Grund der Zusammenfassung des Ausschusses, der doch auf die Wahl des Vorstandes tätig, als freigewerkschaftlich Organisierten den Vorstand mit zu belegen, wenn nicht den Nichtorganisierten das Feld geräumt werden sollte. Der Ausschuß setzt sich aus 36 Mitgliedern, Wählern der Liste der betreffenden Liste, und aus 6 Wählern der Liste des ADGB (dieser unklare Wortlaut steht so im Original. Red.), diese Liste konnte doch nur einen Vertreter im Vorstand bekommen, es wäre doch glatter Unfug gewesen, wenn man hier nicht die Gelegenheit als Freigewerkschafter wahrgenommen hätte, im Interesse der Gewerkschaft Einfluß auf die KPD zu bekommen.

Auf die weiteren, über die Ortsverwaltung verbreiteten Unwahrheiten gehe ich nicht ein, sie sind hinlänglich mit dem Beweis, daß die Zahlstelle der Steinarbeiter Halle zu 100 Prozent organisiert war, die Kassengeschäfte reell und ohne jede Beanstandung geführt wurden. Keine Unterstellungen sind vorgekommen. Die Zahlstelle der Steinarbeiter war die bestaufgezogene Zahlstelle gegenüber den anderen Zahlstellen der Gewerkschaften von Halle.

Verbandskollegen, das sind die Wahrheiten über die Vorgänge in der Zahlstelle Halle. Unter den Kollegen herrscht über die Maßnahmen des Verbandsvorstandes große Erbitterung, weil man hier ohne jede Feststellung und Anhörung der betreffenden Funktionäre vorgegangen ist. Es muß gesagt werden, daß alle Funktionäre im Interesse des Verbandes ihre Pflicht und Schuldigkeit getan haben, es ist nicht gegen das Verbandsstatut verstoßen worden. Bei der Leitung der Zahlstelle mußte man die politische Einstellung verstehen. 300 Mitglieder, 55 KPD, 5 SPD, 150 Leier der KPD, 9 Leier der SPD-Liste.

Ich weiß, daß in der Arbeiterbewegung Undank der Welt Lohn ist. Aber wenn man 34 Jahre lang im Verband organisiert war und 22 Jahre als Verbandsfunktionär tätig war, Maßregelung über Maßregelung wegen sei er Verbandsstätigkeit über sich ergehen lassen mußte, so muß ich das Vorgehen des Verbandsvorstandes als größtes Mißtrauensvotum, als Ausschluß aus dem Verband betrachten.

Verbandskollegen, wenn ich hier noch einmal das Wort ergreifen habe, so nicht im Interesse meiner Person, die ja hierbei nur ausscheidet, sondern im Interesse des Verbandes, im Interesse der Zahlstelle Halle.

Die Zahlstelle Halle ist zerfallen, teils unorganisiert, zum Teil haben sich die Kollegen feindselig gegenüber. Der Lachende ist das „Kapital“!

Der Zweck meines Schreibens sollte sein, ob es hier nicht möglich sei, einen Weg der Verständigung über diese unliebsamen Vorgänge zu finden, sei es durch Aussprache oder Verhandlung in irgendeiner Form, damit im Interesse des Gesamtverbandes, im Interesse der Zahlstelle Halle, die geschlossene Einigkeit wieder herbeigeführt werden kann.

Mit Gruß
gez. R. Montag.“

„Leipzig, den 28. März 1930.“

Herrn
Karl Montag, Halle a. d. S., Fürstental 5.

Werte Kollege! Auf Dein Schreiben vom 26. d. M. haben wir zu erwidern, daß der Halleische Konflikt doch nur ein Teil des allgemeinen Konfliktes zwischen Amsterdam und Moskau ist. Wie zwischen diesen beiden Hauptzentren, der demokratischen Richtung einerseits und der diktatorischen Richtung andererseits, keine Verständigung, d. h. kein Kompromiß möglich ist, so ist auch eine Verständigung mit dem sogenannten Verband der Ausschlossenen

(eine lügenhaftere Bezeichnung kann es wohl nicht geben) eine Unmöglichkeit.

Dagegen steht allen nichtausgeschlossenen Kollegen die Rückkehr in den Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands offen, bis zum 31. d. M. sogar unter Fortsetzung ihrer alten Mitgliedschaft. Nach diesem Termin sich bei dem Kollegen Höhr meldende Kollegen müssen ihre Mitgliedschaft mit einer Interimsrate von neuem beginnen. Als ausgeschlossen sind selbstverständlich auch diejenigen Kollegen zu betrachten, die wie der seinerzeit nur seines Postens enthobene Kollege Ganzer eine führende Stellung im „Verband der Ausschlossenen“ bekleiden. Ob auch Du zu den führenden Kollegen des Verbandes der „Aussgeschlossenen“ gehörst, wissen wir nicht, doch ist es wohl anzunehmen.

Unter diesen Umständen ist es wohl auch ein völlig nutzloses Unternehmen, im einzelnen auf Deine Ausführungen einzugehen. Tun wir es dennoch, so nur deshalb, weil wir Dich immer noch für einen der verständlichsten und am wenigsten aggressiv vorgehenden Kollegen gehalten haben.

Die Finanzierung der oppositionellen Kongresse ist nur ein Teil der Ermöglichung ihres Zustandekommens. Die Schaffung der idealen Voraussetzungen ist den finanziellen mindestens gleichzustellen. Außerdem wirkt die unnötige und überflüssige Belastung der Verbandsmitglieder mit „freiwilligen“ Beiträgen für Sonderzwecke sich indirekt und direkt auf die reguläre Beitragswilligkeit der Mitglieder aus, und zwar um so ungünstiger, je mehr sich der Zweck der Sonderbeiträge gegen den Verband selbst richtet.

Daß die Zahlstelle Halle im Sinne der KPD geleitet wurde und infolgedessen mehr einer Filiale der KPD als einer solchen des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands gleich, wird in Deinem Schreiben nicht bestritten.

Das unbeantwortet gebliebene Schreiben an den Kollegen Preßsch gerichtet, der doch zweifellos ein Mitglied der Ortsverwaltung (wenn nicht das ausschlaggebende) war.

Einer Verwarnung seitens des Ortsauschusses bedurfte es nicht, da es ganz selbstverständlich ist, daß Kandidaturen auf gegen den ADGB gerichteten Listen für Mitglieder der dem ADGB angehörenden Verbände unzulässig ist. Wenn dieser Verstoß früher schon einmal vorgekommen ist, ohne gerügt zu werden, so ist damit doch kein Freibrief für spätere Disziplinioligkeiten ausgestellt worden. Auch ist ein Zusammengehen mit Ausschlossenen in einem solchen mit Unorganisierten gleichgültig, weshalb Deine Angabe, es habe sich bei Eurem Vorgehen darum gehandelt, den Nichtorganisierten nicht das Feld zu räumen, ein hinfalliger Vorwand ist.

Daß das hundertprozentige Organisiertsein einer Zahlstelle für den Gesamtverband nicht ausschlaggebend ist, beweist der Halleische Vorgang nur zu deutlich. Wären die dortigen Mitglieder im Sinne des Gesamtverbandes erzogen und betreut worden, so wäre die erfolgte Zersplitterung unmöglich gewesen. Nicht die Zahl der Mitglieder ist ausschlaggebend, sondern der Geist, von dem sie erfüllt sind, und dieser muß frei sein von parteipolitischen Bindungen.

Daß die Kassengeschäfte reell und ohne Beanstandungen geführt wurden, stimmt insofern nicht, als der nebenher geführte Fonds der Verbandskontrolle entzogen war, um gegebenen Falles (wie jetzt) gegen den Verband benutzt zu werden.

Wenn Du dann noch die angeblich große Erbitterung der Mitglieder über die Maßnahmen des Verbandsvorstandes anführt, so weisen wir demgegenüber auf viele Zustimmungserklärungen hin. Die Mitglieder sind froh, von dem lapidatorischen Ap bereit zu werden. In den Beratungen des Verbandes, in Sitzungen und Versammlungen kann wieder gewerkschaftliche Arbeit geleistet werden und damit wird auch der Versammlungsbesuch, wie das Interesse am Verband selbst wieder ein besserer werden.

Keiner behauptet mehr wie wir, daß 34jährige Verbandszugehörigkeit und 22jährige Funktionärität einen solchen Abschluß gefunden haben. Aber Du kannst uns doch nicht hierfür verantwortlich machen. Alle in Betracht kommenden Kollegen haben sich selbst außerhalb der Reihen des Verbandes gestellt und ein Zurück kann es nur geben, wenn sie sich vorbehaltlos, aufrichtig und ehrlich zu den Amsterdamer Richtlinien bekennen, nach ihnen handeln, und die Moskauer Richtlinien, soweit sie das gewerkschaftliche Gebiet betreffen, unbeachtet lassen. Etwas anderes, etwa ein Mittelweg, das beiden gerecht werden will (Amsterdam und Moskau) kann es nicht geben. Entweder — Oder.

Es würde uns freuen, wenn Du hieraus den einzig richtigen Schluß ziehen würdest.

Mit Gruß
der Vorstand des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands.
gez. i. A. Ernst Winkler.“

„Halle, den 30. 3. 1930.“

An den Vorstand des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands, Leipzig.

Werte Kollegen! Aus Eurem Schreiben vom 28. d. M. ersehe ich und gibt mir die Hoffnung, daß doch noch eine Möglichkeit besteht, die unliebsamen Vorkommnisse in der Zahlstelle Halle zu beiseitigen.

Ich mache den Vorschlag, und das geht ja wohl auch aus dem Schlußsatz Eures Schreibens vom 28. hervor, daß wenn die in Betracht kommenden Kollegen erklären, daß sie in Zukunft bereit sind, sich zu den Beschlüssen des Zentralverbandes der Steinarbeiter, des ADGB und des ZGB (Amsterdam) zu bekennen und danach zu handeln, daß dann die betr. Kollegen wieder als Verbandsmitglieder anerkannt werden.

Ich erinnere nur an den Fall Man, der ja auch nur in diesem schwereren Fall mit einer Erklärung erledigt wurde usw.

Da nun am Dienstag, dem 1. April, hier nochmals eine öffentliche Steinarbeiterversammlung stattfindet, um nochmals allen Kollegen Gelegenheit zu geben, sich in dieser Angelegenheit auszusprechen, besteht vielleicht die Möglichkeit, bis dahin Euch zu diesem Vorschlag zu äußern und den Konflikt aus der Welt zu schaffen.

Verbandskollegen, ich würde mich mit allen Mitteln dafür einsetzen, alle Kollegen der Zahlstelle Halle wieder dem Verbande zuzuführen.

Mit Gruß
gez. R. Montag.“

„Leipzig, den 31. März 1930.“

Herrn Karl Montag, Halle.

Werte Kollege! Auf Dein Schreiben vom 30. d. M. teilen wir Dir mit, daß die Frist zur Fortsetzung der Mitgliedschaft der nichtausgeschlossenen Kollegen bis einschließl. 5. April d. J. verlängert wurde. Im übrigen bleibt es bei den Dir bekannten Voraussetzungen. Nach dem 5. April zurückkehrende Kollegen müssen ihre Mitgliedschaft von neuem beginnen.

Indem wir hoffen, daß der weitaus größte Teil der Kollegen sich zum Verbandsrücktritt, bevor die in ihm erworbenen Rechte verlorengehen

grüßt
der Vorstand des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands.
gez. i. A. Ernst Winkler.“

Wie die Halleischen Spalter angesichts der Vorgänge von einem Falllassen der Maste von seiten der „Bonzen“ fasseln können, ist nicht ersichtlich. Die mit der Führung der Verbandsgeschäfte betrauten Kollegen haben allezeit mit offenem Visier gekämpft, möge

es sich um äußere oder innere Auseinandersetzungen gedreht haben. Jedenfalls halten sie es auch weiter für eine ihrer dringlichsten Pflichten, die Verbandsdisziplin aufrechtzuerhalten und gegen Disziplinbrecher in der nachdrücklichsten Weise vorzugehen, wie es die KPD, die eigentliche Urheberin der gewerkschaftlichen Zerrüttung, soweit ihre Partei in Betracht kommt, auch tut.

Von den gewerkschaftlich überzeugten Mitgliedern des Verbandes muß erwartet werden, daß sie zur Reinigung des Verbandes von Quertreibereien aller Art mit allen Kräften beitragen.

Rückgang der Auswanderung

Die Verschärfung der Einwanderungsbestimmungen in den Vereinigten Staaten von Nordamerika hat die deutsche Auswanderung erheblich vermindert. Bekanntlich haben diese Bestimmungen die aus Deutschland zulässige Einwandererzahl von 51 000 auf 26 000 jährlich ab 1. Juli 1929 herabgesetzt. Wenn nun auch diese Ziffer bei Bewilligung der Einreiseerlaubnisse nicht immer eingehalten werden wird, früher ist das Kontingent oft überschritten worden, so kann die Rückwirkung aber nicht ausbleiben. Das zeigt sich bereits bei den deutschen Auswanderungsergebnissen für 1929, obwohl die Bestimmungen erst Mitte des Jahres in Kraft traten. Nach den Ausweisen des Statistischen Reichsamtes wanderten 1929 rund 49 000 Deutsche nach Übersee aus gegen 57 241 im Jahre 1928, 61 379 im Jahre 1927 und 65 280 im Jahre 1926. Seit dem Krisenjahr 1926 hat die Zahl ständig abgenommen. 1929 wanderten 8000 weniger aus als 1928 und rund 16 000 weniger als 1926. Wie gesagt, sind für den Rückgang im Jahre 1929 die Verschärfung der Bestimmungen ausschlaggebend, wirtschaftliche Gründe waren hierfür weniger maßgebend.

Auffallend an den neuesten Ergebnissen ist wieder der starke Anteil der Frauen an der Auswanderung. Die Zahl der auswandernden Frauen betrug 1929 22 592, im Jahre 1928 27 019 und 1927 25 695. Während im Jahre 1927 rund 10 000 Männer mehr als Frauen auswanderten, betrug 1929 das Uebergewicht der Männer nur noch rund 3500. Diese Erscheinung, die sich auch schon 1928 zu erkennen gab, ist zweifellos auf den in Deutschland vorhandenen starken Frauenüberschuß zurückzuführen; daß viele ältere Mädchen nach Übersee auswandern, um sich dort zu verheiraten. In einigen süddeutschen Gebietsstellen überwoog die Frauenabwanderung sogar die männliche; so wanderten aus Hessen 338 Männer und 371 Frauen, aus dem Jagtkreis 285 Männer und 301 Frauen aus.

Auf 100 000 Einwohner der Bevölkerung umgerechnet, ergibt für Fremden den höchsten Stand, nämlich 299,3. Dann folgt Hamburg mit 231,3 Auswanderer auf 100 000 Einwohner, Stuttgart und Neckarkreis mit 213,3, Baden mit 153,3, Jagdkreis in Württemberg mit 140, und die Pfalz mit 129. Niedriger sind die Ziffern in den preußischen Provinzen, so Ostpreußen mit 51,7, Brandenburg mit 30,5, Sachsen mit 29,5, Oberschlesien mit 18,1. Verhältnismäßig höher liegt sie in Hannover mit 115 und Schleswig-Holstein mit 116. In Thüringen entfielen auf 100 000 Einwohner 52,6, in Braunschweig 47, in Anhalt 32,3 und in Mecklenburg 35,2 Auswanderer.

Die Ursachen der Auswanderung sind überall die gleichen. Arbeitslosigkeit und Ausichtslosigkeit des Fortkommens sind die treibenden Gründe. Man möchte gerne hier bleiben, aber was hat man denn hier, wo man täglich befürchten muß, die Stellung und das Brot zu verlieren. Aber drüben ist es auch nicht mehr so glänzend, die Zeiten sind dort auch vorbei, wo man noch Aussicht hatte, vom Stiefelpfuser zum Dollarmillionär aufzusteigen. Die Arbeitslosigkeit ist in den Vereinigten Staaten in den letzten Monaten sprunghaft gestiegen. Am besten wird das Problem dadurch gelöst, daß sich die deutsche Arbeiterschaft auf ihre eigene Kraft besinnt und im eigenen Lande bessere Zustände schafft. Das Arbeitsstehen, das Nörgeln und Kritzieren macht es nicht, davon bessert sich bekanntlich nichts. Ausbauen an der Organisation, mithelfen die Steine zusammenzutragen, damit ein schönes Haus aus unseren elenden Hütten wird, das ist der richtige Weg.

E. N.

Neue Bücher und Zeitschriften

Der Tonfilm, eine Gefahr für den Musikerberuf und für die Musikkultur. Verlag Deutscher Musiker-Verband, Berlin SW. 11.

In dieser Aufklärungsschrift wird ein bedauerliches Ausschalten der Musiker durch den Tonfilm aufgezeigt. Ein Vorgang, der sich in allen Ländern breitmacht. Hier ist es die mechanische Musik, die den Musiker zur Arbeitslosigkeit verurteilt, ähnlich wie in der Industrie die Rationalisierung Arbeitskräfte bracht oder wie in der Steinbearbeitung die geänderte Bauweise und Formgestaltung daselbst schon getan hat. Trotzdem ist es verhängnisvoll, daß die Musikerorganisation sich dagegen wehrt und an die gezeigten mechanischen Fortschritte bestimmte Forderungen richtet. Abschließend wird in der kleinen Broschüre folgendes gesagt, das wir unseren Verbandsmitgliedern zur Beachtung und Hilfeleistung empfehlen:

„Die deutsche Musikerschaft schließt sich den flammenden Protesten der Musikerverbände der ganzen Welt gegen die zunehmende Mechanisierung der Kunst durch den Tonfilm an und erwartet vom Publikum, daß es die Musiker in ihrem Kampf gegen den Tonfilm unterstützt, indem es dem Elektrotakt die Gefolgschaft versagt. Die deutschen Musiker tragen dem Volke der Dichter und Denker ihre Not vor.“

Die Musiker sind ein Opfer der mechanischen Musik und ihrer Beamten, Dilettanten- und Ausländerkonzertierung geworden. In diesen Kinos sind die Musikkapellen durch Grammophone mit Verstärkerröhren ersetzt worden, wobei die Kapellmeister durch Bedienung der Apparaturen die Rolle eines Maschinisten spielen müssen.

Das Publikum sollte sich diese Konservenmusik nicht gefallen lassen, weil es unter dem Vorwand einer neuen Erfindung von hundertprozentigen Tonfilmen mit verschlechterter Grammophonmusik auf noch obendrein erhöhte Eintrittspreise bezogen wird. Die Benutzung mechanischer Musik ist nicht ein Fortschritt, sondern ein Zeichen der Defizienz der wirklichen lebenden Musikkunst.“

Mitgliedsliste und Arbeitslosienproblem. Vortrag von Peter Grafmann, Vorsitzender des ADGB, auf einer Konferenz der Gew. und Bezirksleiter am 5. März 1930 des Verbandes der Nahrungsmittele- und Getränkearbeiter. Selbstverlag des genannten Verbandes, Berlin NW. 40, Reichstagsgebäude.

Es ist ein Verdienst des betreffenden Verbandes, daß er diesen wichtigen, zeitgemäßen Vortrag in einer Broschüre wiedergegeben hat. Interessenten aus unserem Mitgliederkreise können sich diese Schrift von den Ortsfunktären des genannten Verbandes oder direkt von dessen Verbandsvorstand verschaffen.

Der Busch. Ein neues Buch von B. Trauen. Im Jahre 1928 hatte die Büchergilde Gutenberg, Berlin, einen kleinen Band Novellen von B. Trauen unter dem Titel „Der Busch“ herausgebracht. Diese Novellen wurden mit solchem Beifall aufgenommen, daß der Verlag an den Autor mit der Bitte herantrat, die Zahl der Kurzgeschichten zu vergrößern, damit die Büchergilde den „Busch“ als ein Buch ihrer Dreimarkserie herausgeben kann. Trauen hat diesen Wunsch jetzt erfüllt, hat das Buch um acht neue Erzählungen, darunter zwei sehr graphisch, erweitert, und der Verlag konnte das Buch „Der Busch“ um mehr als den doppelten Umfang vergrößert herausbringen. In seinen, vornehm ausgestatteten, Preis 3 Mk. Die große Zahl der Trauen-Freunde weiß, was es heißt, wenn wir sagen, daß dieses Buch „Der Busch“ wohl das beste aller Bücher Trauens ist. Es ist ein Buch mit einer ganz neuen Art von Humor, ja, ein — lustiges Buch, das fröhlich macht und das die Zerteilung einer Karlen und von ihrem Triumph überzeugten Lebensauffassung in sich trägt.

Rückblätter S. 13. Roman von Albert Hoppp. 328 Seiten. Kart. 3 Mk., gebunden 5 Mk. Neuer Deutscher Verlag, Berlin W. 8. Der Verfasser behandelt den Kampf um die wirtschaftliche Erlösung der Einwohner eines Fischerdorfes an der Unterelbe. Seitdem den Kampf mit dem Meere, das viele Fischer in seine Felsen zieht. Die früher selbständigen Fischer verarmen, weil die Hochseefischer-Gesellschaften mit ihren Fischdampfern Wasser und Markt immer mehr beherrschen. In diesem Rahmen spielt die Lebensgeschichte des Seefischers S i n t i e r u n d die seiner Frau V e e. Die letztere verliert Mann und Sohn und kutter, alles frisst das Meer und sie wird dann das Viebesopfer eines brutalen, falktornenden Schiffskapitäns, der sie verheiratet und ihrem Schicksal überläßt. Die Anwendung des berühmten § 218 (Abtreibung) auf die Frau Reiz zeigt uns das klassischste Dorf und seine einzelnen Charaktere. Der Verfasser zeigt die Wirklichkeit plastisch die einzelnen Personen und das Milieu der Fischer. Seine wirkungsvoll. Die drastische plattdeutsche Mundart ist im einzelnen sehr gut verwendet worden; auch die sonst geschichteten rein menschlichen Vorgänge und Handlungen wirken im Gesamttrahmen nicht ungeschön. Allerdings für Musiker und prüde Leser ist das Buch nichts, na, für solche ist es ja auch nicht geschrieben. Leider fällt der Roman zum Schluß ab, weil sein Ausklang ohne rechte Logik mit der Handlung eine Auslandsüberziehung darstellt; ebenso wirkt auch eine kurze Streiflichterung in den Hochseefischerzügen, die in den Roman eigentlich ohne jeden weiteren Zusammenhang h i n e i n g e f i d t s e i n t. Die Erklärung dafür ist gewiß der Verlag, der sogenannte Münzberg-Verlag, der anscheinend keine Schrift herausbringen kann, in der nicht auf die Internationale Rote Arbeiterhilfe und auf Ausland ein Liedlein ertönt. Dennoch ist das Buch „Rückblätter S. 13“ eine padende Schilderung von Land und Leuten, von Leben und Kampf gegen kapitalistische Mächte und deshalb lesenswert.

Nach der genialste Mann wurde von einer Mutter geboren, der er oft das Beste, was er besitzt, verdankt. Mit welchem Rechte will man also der Frau die Gleichberechtigung mit dem Manne verweigern?

Unterhaltungsbrocken

Man sollte alle Tage wenigstens ein kleines Lied hören, ein gutes Gedicht lesen, ein treffliches Gemälde sehen und, wenn es möglich zu machen wäre, einige vernünftige Worte sprechen.

Nichts lockert mehr der Neigung zarte Bande als Sorgen um des Lebens Unterhalt

Neue Sonne

Ueber die grauen Vorstadthauswände breitet die Sonne die goldenen Hände.

Lagen noch gestern so mürrisch und trübe, als ob es lange noch Winter bliebe.

Nun aber sind sie nach stürmischer Nacht lächelnd zu neuem Leben erwacht.

Kinder lärmen auf Höhen und Stiegen. Wie die Spähen schilpern und fliegen!

Selbst einem alten Mütterchen flücht Glanz um den grauen Scheitel das Licht.

Alles Bangen schöpft neuen Mut . . . Was doch ein Fünkchen Sonne tut!

L. Lessen.

Ostern des Glaubens an Leben

Feiertage sind zu mehr als zum Ausruhen bestimmt. Sie sollen unsern Geist erheben. Den innerlichen Menschen, der da heute im Alleralltäglichen oft erstarrt, sollen sie herausreißen aus der geistigen Dede. Und wir geben den Feiertagen einen Sinn, daß sie uns ganz, in all unserm verschiedenen Hoffen und Suchen und Sehnen erfüllen.

In letzter Tiefe fühlen wir alle eins, und diese letzte Tiefe ist uns Ostern der Glaube an Leben, Auferstehung, Lenz, Sieg des Lichtes: alles aus einer Tiefe, aus einer tiefen Liebe zu Mensch, Leben und Recht. Und zu anderem, Neuem, das dieses Ersehnte möglich macht.

Da gehen Menschen festtäglich gekleidet in die Kirche. Viele nur selten und nur an den höchsten Feiertagen einmal. Glaubst du nicht, daß sich in ihnen in solcher Auferstehung feiernden Stunde etwas Tiefes des Lebens regt?

Und da frohe Menschen, vom Alltag befreit. Sie schreiten durch die Straßen und wollen wandern. Und Kinder dort suchen vergnüglich ihr Osterei. Und das alles im werdenden Lenz. Unter der steigenden Sonne. Mitten im schwellenden Knospen der Bäume und der Blumen. Glaubst du nicht, daß sich da hinter all dem äußerlichen Osterreigen etwas Tiefes, Osterliches regt? Etwas von Feiern des Glaubens an das Leben?

Das Außerliche, das uns unterscheidet, ist nur das Symbol für das Letzte, das uns einigt. Nenne es Auferstehung, nenne es Licht! Nenne es Sieg über den Tod oder nenne es Recht auf das Leben! Es kommt alles aus einer Tiefe. Und lauchst du dem Quell dieser Tiefe, dann hörst du, daß er da in allen gleich klingt.

Jahrhunderte, Jahrtausende hindurch standen Menschen im Banne von Mächten. Militärische, wirtschaftliche Gruppen herrschten, und alles Schwellen der Seele, alles Glauben an anderes, an Menschliches, an Leben und Auferstehung ward immer von einem rauhen, vorosterlichen Starren des Daseins erstarrt. Und sie nannten es so oder so und meinten alle das Eine, das da zum freien Aufjauchzen noch nicht berufen gewesen ist.

Und nun bricht das starre Eis draußen im menschlich-sozialen Zusammenleben. Die Formen wanken, und es wird da etwas wie im werdenden Lenz. Verstehe es, wenn noch nicht alle dieses Wunderlamme ganz erfassen, das da geschieht! Lausche der letzten Tiefe deines Bruders, deiner Schwester! Sie meinen wie du. Sie meinen den Frühling. Die Erde soll sein! Aber in ihrer durch Jahrhunderte und Jahrtausende geknechteten Seele können sie dieses Große, Nie-Gewesene, dieses Erwachen der Menschheit zu Freiheit und Recht nicht fassen.

Diese Knospen da draußen sind weiter als jene, und während sich hier oder dort gar beheliden die Blüte zeigt, regt sich dort noch nichts. Und dennoch: warte bis morgen, und auch dort ist der Frühling da.

Lenz verlangt Liebe, Menschheitslenz viel, viel Liebe. Verzweifle nicht! Bleibe stark! Glaub' an das Leben! Und war all deine Mühe, den Bruder, die Schwester für die Bewegung zur Freiheit zu gewinnen, umsonst: umsonst dennoch nicht. Laßt reifen! Und drängt den noch und drängt! Denn der Menschheitsfrühling ist angedroht. Ostern steigt aus der Geschichte herauf. Und viele der Müden, der Verzweifelnden können es nur noch nicht fassen, daß tatsächlich Ostern wird.

Bleibt stark und kämpft für das Leben! Ihr seid dann die Knospen des Menschheitslenzes, an denen eure Brüder endlich erkennen werden, daß der Frühling, ja der Frühling der Menschheit heraufsteigt zum Glid.

Und Liebe wird sein. Und statt der verstehenden, wartenden Liebe wird dann die jauchzende Liebe alle umspannen, die Liebe der Freiheit und der Arbeit in Menschlichkeit Dr. G. S.

Merksblatt für Eltern

Die sexuelle Erziehung des Kindes stellt die Eltern vor eine schwere Aufgabe. Wir alle wissen es vielleicht selbst aus unserer Kindheit, was es heißt, falsch oder überhaupt nicht sexuell erzogen worden zu sein. Wir kennen die Räte des Jugendalters, wir erinnern uns, wie wir mit einzelnen Fragen gerungen und gekämpft haben.

Sehr leicht ist es möglich, daß wir vergessen, daß wir aus unserer vergangenen Not nicht lernen und daß dann unsere Kinder nicht besser und klüger erzogen werden, sondern, daß sie dieselben Leiden und Schmerzen auszuhalten haben.

Magnus Hirschfeld hat vor einigen Tagen ein Merksblatt herausgebracht, was sich mit dieser Frage beschäftigt und die Eltern ermahnen und aufklären soll. Hirschfeld sagt vor allem, daß die Eltern die Hauptarbeit bei der sexuellen Erziehung übernehmen müssen und diese schwierige Arbeit der quantitativen Erziehung in der Schule nicht überlassen dürfen: Eltern, übernehmen selbst die sexuelle Erziehung, überläßt sie nicht den Straßenzungen, erzieht zum Wissen, zur Wahrheit und zur Verantwortlichkeit gegenüber der Gemeinschaft. Wissen muß das Kind, wie und warum, damit es Antwort erhält auf seine quälenden Fragen. Aber diese Antworten müssen wahr sein. Gibt es heute noch Eltern, die das Märchen mit dem Störche aufziehen? Wissen diese Eltern nicht, daß durch diese Lüge dem Kinde die Unwahrscheinlichkeit geradezu eingepreßt wird? Durch diese erste Lüge untergraben sich die Eltern die Zuneigung und das Vertrauen des Kindes.

Aber zur Erziehung des Kindes bedarf es der Erziehung der Erwachsenen. Die Erwachsenen müssen eben zuerst das nötige Wissen und den Willen zur Wahrheit haben. Der Erzieher muß selbst erzogen und dauernd beweglich sein, sein Handeln darf nicht selbsthüchtig, sondern muß von echter Liebe getragen sein. Diese Liebe darf aber keine Affenliebe zum Kinde sein.

Schon mit der Vollendung der Geburt muß die sexuelle Erziehung des Kindes beginnen. Die Gewöhnung des Kindes an eine lebensbefähigende Natürlichkeit ist das wichtigste Mittel der Erziehung. Hüten wir uns davor, das Kind an etwas Falsches zu gewöhnen, nie wird es davon wieder loskommen. Licht und Luft, geregelter Schlaf und beförmliche und kräftige, aber auch richtige Nahrung

ist nötig. Mit dem Heranwachsen hat die körperliche Betätigung zu beginnen. Hier ist es Aufgabe der Schule, durch genügende Turnstunden einen Ausgleich für die in dem jungen Körper enthaltenen Energien zu erzielen.

Gerade von unserer Seite wird ja schon immer gefordert, daß die Kinder, alle beiden Geschlechter, gemeinsam erzogen werden sollen. Das Schamgefühl soll ruhig etwas zurückgedrängt werden zugunsten des „Naturgefühls“. Denn der nackte Mensch ist nicht ausgezogen, sondern nicht angezogen. Seien wir uns doch darüber klar, daß der nackte Mensch der natürlichste Zustand ist.

Hirschfeld streift auch den Gedanken einer „Einheitskleidung“. Er sagt, man mühte durch eine solche den Zeitpunkt der Geschlechtsbetonung lieber hinausschieben als zu frühzeitig eintreten zu lassen.

Eine der wichtigsten Fragen ist aber, daß wir Erwachsenen das Kind ernst nehmen. Das Kind ist kein Spielzeug, es ist Mensch, und zwar ein Mensch, der nach eigenen Gesetzen lebt und der sein eigenes, kleines Leben hat. Fordert von den Kindern keinen Kadavergehorsam! Fordert ihr etwas vom Kinde, so erklärt ihm Sinn und Zweck. Wir wollen ein neues Geschlecht von freien Menschen, darum muß das Kind immer wissen, warum etwas so ist und nicht anders. Etwas damit hängt zusammen, daß man dem Kinde auf alle Fragen Antwort gibt. Man lehne eine Antwort nicht verärgert ab über das viele Fragen, weiß man eine Antwort nicht, dann lüge man aber nicht. Das gilt überall, aber am meisten bei der sexuellen Frage. Die biologische Aufklärung hat so früh wie möglich zu erfolgen. Man soll das Kind aber fragen lassen, allenfalls kann man das Kind zum Fragen anregen. Aber spätestens muß die Aufklärung erfolgen vor Beginn der Pubertät. Sie hat nicht unvermittelt und plötzlich, sondern gelegentlich zu erfolgen. Die Fragen des Kindes haben dem Erzieher heilig zu sein. Er soll nicht lächeln oder zynisch über die Frage hinweggehen, er soll nicht alles auf einmal sagen, sondern er soll warten, bis das Kind mehr wissen will. Gewiß, das ist sehr schwierig, und wie schon am Anfang gesagt wurde, muß der Erzieher selbst genau unterrichtet sein und er muß vor allem wissen, wie er es machen soll. Er beschäftige sich also mit dieser Frage und lese Merkblätter und Bücher. Hier sei vor allem „Sub und Madel“ von Max Hodann, empfohlen, zu beziehen durch die Buchhandlung des DGB.

Aber mit der einfachen Aufklärung ist die sexuelle Erziehung noch nicht beendet. Die Pubertätszeit, also die Zeit der geschlechtlichen Reife (bei Knaben 14 bis 17 Jahre, bei Mädchen 12 bis 16 Jahre) ist die gefährlichste Zeit. Der Erzieher muß das größte Vertrauen des Kindes haben, um hier helfen zu können. Die Onanie, die ja jeden Menschen in ihren Klauen hatte, ist durch geeignete Mittel zu bekämpfen. Grundeinstellung muß sein, daß Onanie nichts Schlechtes und Sündiges ist, sondern etwas was nicht schön ist und deshalb gelassen werden muß. Auch hierzu sei das neue Buch Max Hodanns, „Onanie“, genannt. Der positive Kern einer neuen Moral soll sein: 1. daß Liebe jede Geschlechts-handlung adelt, 2. wir sollen in Liebesdingen aufrichtig sein, 3. jeder soll sich der Verantwortung für seine sexuellen Handlungen bewußt sein. Dem entsprechend muß die Erziehung der Jugendlichen vor sich gehen.

Was man wissen muß

Der Mensch kann höchstens vier Minuten ohne Luft leben.

Die Massage, die erst nach manchen vorhergegangenen Anfällen im 1853 in der Medizin eingeführt wurde, war im Altertum, wie Hippokrates aus dem Jahre 400 vor Christi berichtet, bekannt, und wurde vielfach angewandt.

Im Altertum wurde Mandragora- (Maraun-)wurzel und Bisskraut zu Heilungszwecken gebraucht. Justus von Liebig, der 1831 das Chloroform entdeckte, erfand nur ein neues Mittel, nicht aber die Narkose selbst.

Die menschlichen Haupthaare wachsen im Monat circa 7 bis 13 Millimeter. Die Lebensdauer des einzelnen Haares beträgt sechs Jahre, die der Augenbrauen dagegen nur 5 bis 6 Monate.

Schon von 5000 Jahren kannte und trug man im alten Aegypten Perücken und künstliche Locken.

Unter schwarzen Völkern sind Zwillingengeburtens wesentlich häufiger, als bei den weißen.

Unsere linke Hand ist wesentlich kälteempfindlicher als die rechte.

Der Mensch braucht alljährlich 15 Pfund Salz.

Der normale Mensch atmet in jeder Minute durchschnittlich achtzehmal.

Ein gesunder erwachsener Mensch hat 10 bis 12 Pfund Blut.

C. R.

Lache nicht

Auf Grund der Wohnungsnot hat die Stadt zwei Wohnbaracken errichtet, um bei Räumungsurteilen ohne Stellung eines Ersatzraumes ihrer Verjüngungspflicht nachkommen zu können. Ein herkulisch gebauter Mann spricht vor und wünscht eine Wohnung in dieser Baracke an Stelle seines „Lodges“. Ihm wird bedeutet, daß die Baracke nur für zwangsweise herausgeleitete Mieter angekauft sind, die keine Miete bezahlen oder sich täglich am Hauswirt oder den Mitbewohnern vergehen und dergleichen. Darauf die Antwort: „Es ist gut, daß Sie mir dies sagen; ich wollte meinem Hauswirt sowieso schon lange die Presse vollhauen!“ („Simplizissimus“.)

Ein Schreiben, das von einem biederen Handwerksmeister einem Arbeitssuchenden zugeleitet wurde, wurde kürzlich zur Erheiterung von einem gewerkschaftlichen Verbandsblatt nachgedruckt. Es lautet:

Werter Herr . . .

Ihre Karte erhalten u. kan. Ihnen leider bloß eine Absagende Antwort zu kommen zu lassen. Ihre Karte kam heute Nachmittag u. Morgens hab ich einen zugeschrieben das er ein sthen kan mit schon sein das er nicht kommt dan könnten Sie ja bei mir in Arbeit treten wen ich ihre Adresse wiste oder kan nach . . . Adressen also werten schon sehen es ist nicht Winterposten, sondern Jahresstelle. Achtungsvoll (Unterschrift).

In unserem Kontor war das Telephon zu reparieren. Als der Abteilungsleiter — Offizier a. D. — darüber hinzu kam, richtete sich der Monteur auf und stellte sich vor als: „Müller von der Priteg!“

Sofort riß unser gestrenger Herr Chef in einer Art Reflexwirkung seine Haden zusammen, machte eine tabellose Verbeugung und schnarrte: „Sehr angenehm, v. Kittwitz!“

Der Monteur Müller von der Privat-Telephon-Gesellschaft neigte sich schmunzelnd wieder über seine Arbeit. (Wahrer Jakob.)

Aus der Geschichte des Taschentuches

Eine kulturhistorische Betrachtung von Rolf C. Reiner.

Der Gebrauch des Taschentuches ist für den wohlgezogenen Menschen unserer Tage eine solche Selbstverständlichkeit geworden, daß kaum jemand auf den Gedanken kommt, es möge einmal anders gewesen sein. Aber ebenso wie alle anderen Dinge hat auch das Taschentuch seine Geschichte, und diese ist so amüsan, daß man wohl ruhig einmal die stillschweigende Uebereinkunft, das Taschentuch zwar fleißig zu benutzen, aber so wenig wie möglich darüber zu sprechen, beiseitelassen kann.

Je unentbehrlicher uns ein Gegenstand im Laufe der Jahre oder Jahrhunderte wird, desto unverständlicher erscheint es uns, daß unsere Vorfahren ihn nicht einmal gekannt haben sollten. Absurd ist der Gedanke, daß die Personen der Geschichte, deren Bekanntheit uns die Werke der Weltliteratur vermitteln, ohne jene Dinge gelebt haben sollen, die wir als unentbehrbares Requisite des kultivierten Menschen anzusprechen gelernt haben. Absurd und komisch zugleich der Gedanke, daß den reichen, schönen römischen Matronen, den Patrizierinnen des alten Roms, den prunk- und prachtliebenden Fürsten und Fürstinnen der Renaissance, der Monna Lisa, den Borgias, den deutschen Edelräulein, die Walter von der Vogelweide besang, der Begriff des uns so absolut selbstverständlichen Taschentuchs fremd gewesen sein soll. Und doch ist es so! Es ist eine historisch einwandfrei nachgewiesene Tatsache, daß das, was wir heute Taschentuch nennen, noch vor 400 Jahren ein ganz und gar unbekanntes Objekt war. Ja, noch mehr, seine Verwendung zu praktischen Zwecken ist erst vor 150 Jahren allgemein üblich geworden; bis dahin benutzte man es als ein Puzstüd.

Im Anfange des 16. Jahrhunderts propagierte eine Venetianerin das Taschentuch unter dem Namen „Fazzoletto“ als neuartigen Modestartikel. Die Französinen griffen diese neue Modetorte begierig auf und ließen sich aus den teuersten Geweben solche mit kostbarsten Stickereien verzierten Tücher herstellen, die jedoch so teuer waren, daß nur wenige Bemittelte, um nicht zu sagen Reiche, sich diesen großen Luxus leisten konnten. Ein Luxus war es auf jeden Fall, da, wie gesagt, die Tücher keinerlei praktischen Zweck hatten, sondern ausschließlich dem Puz dienten. Man trug sie in der Hand oder im Gürtel, ein willkommenes Spielzeug zu Klirt, Ländelei und Kletterei. Ein Puzstüd, das im Verlauf der Jahre zu einer immer teurer werdenden Kostbarkeit wurde. Zwar schrieb Jean Sulpice im Jahre 1545 in seinem „Libellus de moribus in mensa servandis“: „So du dich schmeuzen mußt, sollst du nicht mit den Fingern tun, sondern dich eines Taschentuches bedienen.“ Auch Erasmus von Rotterdam trat in seinem 1613 im Französischen erschienenen „Civilité moral des enfants“ für die Benutzung des Taschentuches ein, indem er sagte, „das Schmeuzen mit dem Tuche wäre eine hochanständige Sache“. Doch hielt man diese verwegene Neuerung für einen direkt revolutionären Umsturz der Vorschriften des allgemein geltenden „bon ton“ und machte sich die Ansicht Montaignes zu eigen, der sich heftig dagegen aussprach, den Ausschreibungen der Nase ein Privileg einzuräumen und sie, statt sich ihrer schnellstens zu entledigen, in seiner Wäsche aufzunehmen und mit dem Tuche zu verwahren. So blieb man bei der guten, alten Sitte, sich — horribile dictu — mit den Fingern zu schmeuzen, wobei man allein zu beachten hatte, daß man es mit der linken Hand tat, da die rechte die Speisen zum Munde zu führen hatte. Wehe dem, der derart gegen den guten Ton verstieß, daß er das Taschentuch in Gesellschaft zum Munde oder gar zur Nase führte. Wehe dem, der sich nicht schonte, den Namen dieses ominösen Gegenstandes auszusprechen. Nicht einmal Schauspielerinnen durften es auf der Bühne tun und wo ihre Rolle ihnen derartiges vorschrieb, wußten sie diese unangenehme Vorschrift zu umgehen, um nicht anzustoßen.

Nach Deutschland kam das Taschentuch, oder wie es nach seinem ursprünglichen italienischen Namen genannt wurde, das „Fazzoletto“, erst im Jahre 1584, wo es auch nur als Puzstüd bei Fürsten, Edelkenten und sehr reichen Bürgern Aufnahme fand. Dem Volke aber war der Gebrauch des Taschentuches verboten, wie aus einer Dresdner Vorschrift des Jahres 1595 hervorgeht. In manchen Städten, wie München, Magdeburg und andere, gab es Vorschriften, wer sich Taschentücher kaufen durfte und welchen Preis er entprechend seiner Stellung anzulegen hätte.

Der Preis der Tücher wechselte natürlich häufig, da ja die Tücher sehr stark der Mode unterworfen waren. Die Königin Marie Antoinette mußte für ihre Taschentücher 20 bis 25 Livres bezahlen, nach unserem Gelde also ungefähr 400 bis 525 Mark, wobei der Unterschied in der Kaufkraft des Geldes noch nicht berücksichtigt ist. Die Gemahlin Napoleons I., die Kaiserin Josephine, zahlte dagegen nur 80 bis 100 Franc für das Stück.

Ihr schreibt man auch zu, das Taschentuch den Zwecken zugeführt zu haben, denen es heute dient. Historisch beweisen ist diese Behauptung freilich nicht, jedoch steht fest, daß sie die erste war, die es wagte, das Tuch in Gesellschaft zum Munde zu führen. Der Grund hierfür war, daß diese schöne und interessante Frau sehr häßliche Zähne hatte, die sie geschickt zu kaschieren versuchte.

War es bis dahin „unanständig“ gewesen, zum Schmeuzen ein Tuch zu benutzen, so wurde es mit einem Male „anständig“ oder zum mindesten modern, sich sehr geräuschvoll zu schmeuzen und hierbei den Ton der Trompete oder das Schnurren der Nase nachzuahmen, wie Herr de la Mesangère beschreibt.

Nachdem nun das Taschentuch nicht mehr Puzstüd war, sondern zu einem praktischen Gebrauchsgegenstand wurde, verzichtete man auf die allzu luxuriöse Ausstattung und paßte es in Form und Art seinem neuen Zweck an. Aber noch heute ist es Mode, der Braut ein sehr kostbares Schmucktaschentuch zu schenken, das meist aus Seide, mit Spitzen und Stickereien verziert ist.

Doch genug davon. Entziehen wir nun aber den römischen Patrizierinnen, den Fürsten und Fürstinnen der Renaissance, der Monna Lisa, den Borgias und den deutschen Edelräulein nicht unsere Sympathien, wo wir wissen, daß ihre „Schmeuzmethoden“ nach unseren heutigen Anschauungen recht unappetitlich waren. Bedenken wir vielmehr, daß das, was uns heute als sehr unästhetisch erscheint, in damaliger Zeit „bon ton“ war, daß jede Zeit ihre Sitten und Gebräuche hatte und daß die Zeiten sich ändern und mit ihnen Schicklichkeit und Brauch eine gründliche Wandlung erfährt.

Der älteste Streif

Der erste historisch einwandfrei nachgewiesene Streif fällt nicht, wie allgemein angenommen wird, in die neuere Zeit, sondern vielmehr in die Antike. So berichtet Livius, daß im Jahre 311 vor Christi die Junii der Musikanten (tibicines) geschloßen in den Streif trat, da ihnen der jährliche Freischmaus, der ihnen von alters her zustand und der alljährlich auf dem Kapitol feierlich begangen wurde, gestrichen worden war. Empört über diesen Bruch heiliger Traditionen verließen die Musikanten Rom und überiedelten nach Tibur. Nun war guter Rat teuer, und die Behörden besaßen sich in einer höchst unangenehmen und peinlichen Lage, da doch die Opfer für die Gottheiten unmöglich ohne Musik abgehalten werden konnten. Man griff deshalb zu einer List, schickte ein paar kluge Leute nach Tibur, und diese machten die braven Musikanten einzeln trunken, so daß sie sich widerstandslos „voll des edlen Weines“ nach Rom zurückschaffen ließen. Trotzdem aber erbeite der Streif dennoch mit einem vollen und uneingeschränkten Erfolge der Musikanten, da die Jenseitigen, um für alle Zeiten derartige unliebbare Vorkommnisse unmöglich zu machen, den feuchtschweißigen Musikanten ihre alte Gerechtlame wieder zusprachen. Jedenfalls kann also die christliche Junii der Musikanten das Privileg für sich in Anspruch nehmen, den ersten — wenigstens den ersten historisch einwandfrei nachgewiesenen — Streif in Szene gesetzt zu haben.